

## **2 Verständnis von Wissen und theoretische Ansätze zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs aus den Medien**

Die Beantwortung der Frage ‚*Was ist Wissen?*‘ ist eine zentrale Aufgabe der vorliegenden Arbeit, denn um valide messen zu können, ob Wissen erworben wurde, muss festgelegt werden, was als Wissen verstanden und interpretiert wird. In der Kommunikationswissenschaft können zwei Perspektiven des Wissensverständnisses voneinander abgegrenzt werden. Für beide existieren in der Literatur voneinander abweichende Bezeichnungen wie die Unterscheidung eines lern- und eines kognitionstheoretischen Wissensverständnisses (Kepplinger, 2004, S. 611) und die Unterscheidung eines traditionellen und eines konstruktivistischen Wissensverständnisses (Wirth, 1997, S. 122f). Die vorliegende Arbeit greift eine Unterscheidung nach objektivem und subjektivem Verständnis von Wissen auf (Maurer & Oschatz, 2016), die beide Perspektiven anhand von vier Differenzierungsmerkmalen voneinander abgrenzt: (1) die demokratietheoretische Fundierung des Wissensverständnisses, (2) die Operationalisierung von Wissen, (3) die Berücksichtigung des Informationsverarbeitungsprozesses beim Wissenserwerb sowie (4) die Vorstellung von der Organisation von Wissen im Gedächtnis der Rezipienten. Diese Differenzierungsmerkmale werden um ein weiteres Kriterium ergänzt: (5) das methodische Design der empirischen Prüfung des Wissenserwerbs.

Im Folgenden werden das objektive und das subjektive Wissensverständnis anhand dieser Differenzierungsmerkmale beschrieben. Es werden ihnen die wichtigsten theoretischen Ansätze zugeordnet und die relevanten Einflussfaktoren auf den Wissenserwerb systematisiert. Anschließend wird mit dem Cognitive Mediation Model ein theoretischer Ansatz diskutiert, der das objektive und das subjektive Verständnis ansatzweise integriert. Zusammenfassend schließt Kapitel 2 mit der Beschreibung des Wissenskonzepts der Arbeit anhand der fünf genannten Differenzierungskriterien ab.

## 2.1 Objektives Verständnis von Wissen

### 2.1.1 Definition und Abgrenzung vom subjektiven Wissensverständnis

Studien, die dem objektiven Verständnis von Wissen folgen, setzen beim Wissen der Rezipienten an und untersuchen, wie dieses durch die Rezeption von Medieninhalten erklärt werden kann. Im objektiven Verständnis wird politisches Wissen definiert als „the range of factual information about politics that is stored in long-term memory“ (Delli Carpini & Keeter, 1996, S. 10).

Das erste zu diskutierende Differenzierungsmerkmal ist die demokratietheoretische Fundierung. Das objektive Wissensverständnis basiert auf einem normativen, politikwissenschaftlichen Paradigma, dem das Ideal des informierten Bürgers zugrunde liegt. Moderne Demokratien sind auf dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Volkssouveränität gegründet. Dies bedeutet, dass das Volk die höchste Gewalt im Staat darstellt und jede staatliche Machtausübung legitimieren muss. In demokratischen Wahlen überträgt das Volk seine Macht für eine bestimmte Zeit an politische Repräsentanten, die in ihren Entscheidungen dem Willen des Volkes verpflichtet sind (Althaus, 2006; Hansen, 2009). Die Kompetenz, den eigenen Willen durch die Wahl geeigneter politischer Vertreter auszudrücken, setzt die Kenntnis eines bestimmten Kanons objektiv richtiger Informationen voraus. Dabei handelt es sich beispielsweise um Wissen über die Parteizugehörigkeit von Politikern, ihre politischen Positionen oder das Wissen über den Wahlvorgang selbst. Das politische Wissen ist also nicht um seiner selbst willen wichtig, sondern aufgrund der Fähigkeiten, die ein Bürger damit erlangt. Es ist die Grundlage für die Teilhabe am demokratischen Prozess und verbessert das politische Handeln der Bürger.

Das zweite Kriterium differenziert das objektive und das subjektive Wissensverständnis anhand der Operationalisierung von Wissen. Studien, die einem objektiven Verständnis folgen, messen Wissen meist mit der Kenntnis bestimmter Fakten. Unter Faktenwissen werden einzelne, voneinander unabhängige Informationen zu einem bestimmten Thema verstanden, die von Befragten in geschlossener Frageform mit richtig oder falsch beantwortet werden. Die Operationalisierung von Wissen als Strukturwissen, also Fakten, die in Relation zueinander stehen und in einem größeren Zusammenhang betrachtet werden können, wird seltener verwendet (z.B. Holst, 2000; Horstmann, 1991). Für die Operationalisierung objektiven Wissens wird normativ festgelegt, welche Fakten als relevantes Wissen für gesellschaftliche Teilhabe anzusehen sind. Allerdings wird selten diskutiert, warum genau diese und nicht andere Fakten besonders relevant sind (Wirth, 1997, S. 109). Als Indikator dafür, ob ein Rezipient etwas gelernt hat oder nicht, wird

die richtige Wiedergabe vermittelter Informationen genutzt, denn, so der demokratietheoretische Grundgedanke, nur die Kenntnis objektiv richtiger Fakten ermöglicht es dem Bürger, seinen politischen Willen auszudrücken und am demokratischen Prozess teilzunehmen. Abweichungen von der ursprünglich vermittelten Information werden als Lerndefizite oder als mangelnde Medienwirkung interpretiert (Kepplinger, 2004).

Das dritte Differenzierungsmerkmal betrifft den Prozess der Informationsverarbeitung. Er wird im objektiven Wissensverständnis nicht berücksichtigt. Die individuellen kognitiven Denkprozesse werden als Blackbox betrachtet und nicht zur Erklärung des Wissenserwerbs (bzw. des nicht erfolgten oder fehlerhaften Wissenserwerbs) herangezogen.

Die Informationsverarbeitung ist eng mit dem vierten Differenzierungsmerkmal, der Vorstellung von der Organisation des Wissens im Gedächtnis des Rezipienten, verbunden. Da die kognitiven Mechanismen des Wissenserwerbs unberücksichtigt bleiben, existiert im objektiven Wissensverständnis folglich auch keine konkrete Vorstellung davon, wie Wissen im Gedächtnis gespeichert wird. Wissen wird als eine „situationsübergreifend[e] und dauerhaft[e] mentale ‚Substanz‘ [Hervorhebung d. Verf.]“ (Wirth, 1997, S. 123) verstanden, in der neue Informationen zu bestehendem Wissen addiert werden.

Das fünfte Differenzierungsmerkmal betrifft das methodische Design. Studien, denen ein objektives Wissensverständnis zugrunde liegt, nutzen in der Regel Modelle direkter Medienwirkung. Diese Modelle verwenden vor allem beobachtbare Variablen außerhalb der Blackbox wie zum Beispiel die Mediennutzung, um den Wissenserwerb zu erklären. Studien, die dem objektiven Verständnis folgen, nutzen hauptsächlich Befragungen, in einigen Fällen auch über einen längeren Zeitraum in Kombination mit Inhaltsanalysen zur Beantwortung ihrer Forschungsfragen.

### *2.1.2 Theoretische Ansätze, die einem objektiven Wissensverständnis folgen*

Die etabliertesten theoretischen Ansätze zur Erklärung langfristigen politischen Wissenserwerbs, denen ein objektives Wissensverständnis zugrunde liegt, sind die Wissensklufthypothese und der Digital Divide. Dieses Kapitel diskutiert beide Ansätze als theoretische Grundlage zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs.

### 2.1.2.1 Wissensklufthypothese

Die Wissensklufthypothese hat ihre Wurzeln in der Diffusionsforschung, die sich bereits vor dem Erscheinen der Ursprungsstudie der Wissenskluftforschung intensiv mit der Frage beschäftigte, wie sich Informationen in einer Gesellschaft verbreiten (z.B. Hyman & Sheatsley, 1947; Star & Hughes, 1950). Der zentrale Befund der Diffusionsforschung ist, dass medial vermittelte Informationen nicht alle Personen gleichermaßen erreichen, sondern das Informationsverhalten ganz maßgeblich von den sozioökonomischen Merkmalen einer Person beeinflusst wird. Zur Untersuchung dieses Phänomens startete an der Universität von Minnesota ein über 30 Jahre andauerndes Forschungsprogramm, in dessen Rahmen Tichenor, Donohue und Olien 1970 die Wissensklufthypothese formulierten. Diese Minnesota-Gruppe problematisiert darin den in der Kommunikationswissenschaft vorherrschenden normativen Anspruch an die Massenmedien, einen Beitrag zur Integration einer Gesellschaft zu leisten, indem die zunehmende durch die Massenmedien vermittelte Informationsmenge den Wissensstand der Bürger verbessere und bestehende Wissensunterschiede einebene (Marr & Zillien, 2010; Zillien & Haufs-Brusberg, 2014). Die Wissensklufthypothese postuliert, dass der steigende Informationsfluss soziale Unterschiede sogar noch vergrößert:

As the infusion of mass media information into a social system increases, segments of the population with higher socioeconomic status tend to acquire this information at a faster rate than the lower status segments, so that the gap in knowledge between these segments tends to increase rather than decrease (Tichenor, Donohue, & Olien, 1970, S. 159f).

Die Autoren nennen fünf Gründe, die dazu beitragen, dass das Wissen in der Gesellschaft zwar insgesamt steigt, statushöhere Segmente aber relativ mehr Wissen aus den Massenmedien erwerben als statusniedere Segmente. Zum einen besitzen Statushöhere stärker ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten, die sich beispielsweise darin zeigen, dass sie besser lesen und das Gelesene besser verstehen können. Darüber hinaus besitzen sie durch ihre formal höhere Bildung ein größeres Vorwissen. Sie werden daher schneller auf Themen in den Medien aufmerksam und können die Berichterstattung besser nachvollziehen und einordnen. Auch ihr soziales Netzwerk wird als vorteilhaft betrachtet. Die damit verbundene gesteigerte Aktivität und größere Menge sozialer Kontakte führt zu einer stärkeren interpersonellen Kommunikation über politische Themen. Des Weiteren interessieren sich Statushöhere stärker für politische Themen als Statusniedere und wenden sich deshalb eher informativen Medien und Beiträgen zu, die dieses Bedürfnis erfüllen (selective exposure). Aus diesen rezipierten Medieninhalten erlernen sie dann die Informationen, die ihren Überzeugungen und Werten entsprechen (selec-

tive acceptance and retention). Nicht zuletzt begünstigt die unterschiedliche Mediennutzung den politischen Wissenserwerb. Printmedien berichten ausführlicher über politische und wirtschaftliche Themen und werden eher von Statushöheren als von Statusniedereren genutzt, weshalb die Statushöheren mehr Informationen über diese Themen erhalten.

Die Autoren formulieren zwei einschränkende Prämissen für ihre Hypothese. Die erste legt fest, dass der individuelle Wissenserwerb linear beziehungsweise kurvenlinear ansteigt und innerhalb des Untersuchungszeitraums nicht wieder abfällt. Die zweite Prämisse bestimmt, dass der Höhepunkt der medialen Berichterstattung zum untersuchten Thema noch nicht überschritten sein darf. Als zusätzliche Spezifizierung legen sie fest, dass die Wissensklufthypothese nur für politische und wissenschaftliche Themen von großem allgemeinen Interesse gilt.

In einer frühen Erweiterung der Wissensklufthypothese spezifiziert die Minnesota-Gruppe darüber hinaus vier Rahmenbedingungen, die die Entstehung und das Ausmaß von Wissensklüften beeinflussen (Donohue, Tichenor, & Olien, 1975). Demnach treten nur geringe Wissensunterschiede zwischen statushohen und statusniedereren Segmenten auf, wenn (1) ein Thema eine große lokale Bedeutung besitzt und (2) mit einem großen Konfliktpotenzial und persönlicher Betroffenheit in allen Segmenten verbunden ist. Darüber hinaus sind Wissensunterschiede geringer, wenn (3) kleine, homogene Gruppen im Gegensatz zu großen, heterogenen Gruppen untersucht werden. Eine Abnahme der Wissensunterschiede kann zudem beobachtet werden, wenn (4) das Medieninteresse und damit der Informationsfluss in einer Gesellschaft sinken.

Aus methodischer Perspektive sind Wissensklüfte ein multivariates Phänomen (Eveland & Scheufele, 2000; Gaziano, 1983), bei dem drei Basiskonzepte miteinander interagieren: Wissen, Sozialstruktur und Informationsfluss (Bonfadelli, 2007, S. 627).

Tichenor et al. (1970) schlagen zwei Möglichkeiten vor, um Wissensklüfte zu messen. Sie können zum einen in Längsschnittdesigns untersucht werden. Eine Wissenskluft ist dann messbar, wenn statushöhere Gesellschaftsschichten in einem festgelegten Zeitraum mehr Wissen zu einem in der Berichterstattung stark frequentierten Thema erwerben als statusniedere Gesellschaftsschichten. Statistisch gesehen bedeutet das, dass die Korrelation zwischen Wissen und Bildung bei höher Gebildeten zwischen Messzeitpunkt 1 und Messzeitpunkt 2 stärker zunimmt als bei weniger Gebildeten. In einem Querschnittsdesign als zweiter Variante zeigt sich die Wissenskluft, indem Statushöhere mehr Wissen über ein in der Berichterstattung stark frequentiertes Thema besitzen als Statusniedere. Die Korrelation zwischen Wissen und Bildung fällt bei Statushöheren also stärker aus als bei Statusniedereren.

*Entwicklung der Wissensklufforschung*

Die Ursprungsstudie wurde sowohl theoretisch als auch methodisch stark kritisiert. Die Kritik am theoretischen Fundament hatte zahlreiche Spezifizierungen und Erweiterungen der Wissenskluffhypothese zur Folge. Für die vorliegende Studie sind die Weiterentwicklungen relevant, die den individuellen Wissenserwerb unterschiedlicher Rezipienten erklären. Diese sollen im Folgenden diskutiert werden. Darüber hinaus wird die methodische Kritik an der Operationalisierung von Wissen und am methodischen Design diskutiert, die maßgeblich auf die empirischen Befunde Einfluss nehmen.

Die theoretische Kritik betrifft zum einen die normative, demokratietheoretische Grundannahme des informierten Bürgers. Aufgrund der Komplexität politischer und wirtschaftlicher Themen sei es nicht möglich, dass jeder Bürger umfassend über diese Themen informiert ist und deshalb können Wissensklüfte nicht als Defizit moderner Demokratien betrachtet werden (Bonfadelli, 2007; Zilien & Haufs-Brusberg, 2014). Die Kritik betrifft darüber hinaus die Annahme, dass politische und wissenschaftliche Themen für alle Gesellschaftsschichten von großem Interesse sind. Diese Annahme gelte eher für statushöhere Teile der Gesellschaft (Bonfadelli, 2007; Wirth, 1997; Zilien & Haufs-Brusberg, 2014).

Kritik wurde andererseits auch an der unscharfen Definition der Basiskonzepte Wissen und Sozialstruktur geübt. Was genau unter Wissen zu verstehen ist, wird in der Ausgangsthese nicht definiert (Wirth, 1997, S. 95). Erst in ihrem zweiten Aufsatz zur Wissenskluffhypothese unterscheiden Donohue, Tichenor und Olien (1973, S. 655) zwischen oberflächlichem „knowledge of“ und elaborierterem „knowledge about“. Daraus resultiert in Folgestudien eine Vielzahl von Wissensdefinitionen und Operationalisierungen, die verschiedene Wissensdimensionen entweder als Gegensatzpaare oder einzelne Wissenstypen behandeln: Fakten- und Strukturwissen (bzw. Einzelwissen und relationales Wissen), Faktenwissen und fachspezifisches Wissen, Ereignis- und Hintergrundwissen, Erinnern und Verstehen, Wissen über das tagespolitische Geschehen, Heuristiken, kulturelles Wissen, technologisches Wissen und lokales Wissen usw. (für einen Überblick vgl. Jeffres, Atkin & Fu, 2011).

Die Kritik an der Sozialstruktur betrifft die Unterscheidung statushöherer und statusniederer Gesellschaftsschichten, denn es wird nicht diskutiert, ob das Schichtkonzept zur Erklärung von Wissensunterschieden überhaupt angemessen ist (Bonfadelli, 2007, S. 630f). Die Kritik an der Beimessung der hohen Bedeutung wissenschaftlicher und politischer Themen für alle Gesellschaftsschichten und die Kritik am Schichtkonzept aufgreifend, entwickeln Ettema und Kline (1977) die Differenzhypothese, indem sie motivationale Aspekte bei der Entstehung von Wissensklüften berücksichtigen. Die Autoren kritisieren, dass es nicht der sozio-

ökonomische Status ist, der Wissensunterschiede bedingt, sondern situationsspezifische Variablen wie das persönliche Interesse dafür verantwortlich sind. Der individuelle Wert von Wissen sei auch immer von der persönlichen Situation abhängig. Die empirischen Studien zur Prüfung der Wissenskluthypothese schafften erst künstlich Wissensunterschiede, weil die gestellten Fragen in der Lebenswelt sozial schlechter gestellter Personen keine Relevanz besitzen (vgl. auch Dervin, 1980). Den Differenzansatz stützend, zeigen Genova und Greenberg (1979), dass der Zusammenhang zwischen Interesse und Wissenserwerb größer ist als der Zusammenhang zwischen Bildung und Wissenserwerb. Das heißt, dass vor allem diejenigen besonders viel über ein Thema lernen, die sich stark für das Thema interessieren, und das Bildungsniveau bei großem vorhandenem Interesse eine weniger wichtige Rolle für den Wissenserwerb spielt. Allerdings weisen die Autoren auch darauf hin, dass ein hoher Bildungsgrad stark mit einem breiten Interesse an vielen verschiedenen Themen einhergeht. Die Überlegungen zum Zusammenhang von statusbezogenen und motivationalen Variablen werden von Kwak (1999) weiter ausgeführt und systematisiert. Er entwickelt drei verschiedene Modelle, die unterschiedliche Interaktionen und Kausalitäten beider Variablengruppen prognostizieren. Im Zusammenhangsmodell beeinflusst der soziale Status das Themeninteresse und die Motivation, sich über ein Thema zu informieren. Statusbezogene und motivationale Variablen wirken also in die gleiche Richtung und erklären den politischen Wissenserwerb gemeinsam. Im Konkurrenzmodell besitzen der soziale Status und die Motivation einen unabhängigen Erklärwert für den Wissenserwerb. Die empirische Prüfung im Rahmen der US-Präsidentschaftswahl 1992 stützt jedoch das aufgestellte Kontingenzmodell, in dem die Motivation die Entwicklung statusbedingter Wissensklüfte moderiert. Je größer die Motivation, desto geringer waren die themenbezogenen Wissensklüfte zwischen statusniederen und statushohen Segmenten.

Die methodische Kritik an der Wissenskluthypothese betrifft die Messung der Basiskonzepte Sozialstruktur und Informationsfluss. In der Ursprungsstudie wird der sozioökonomische Status (SES), der ein Bündel sozialer Merkmale wie Bildung, Einkommen, Beruf usw. umfasst, lediglich mit der Bildung als alleinigem Indikator für den SES erfasst (Zilien & Haufs-Brusberg, 2014). Auch wenige Folgestudien prüfen neben der Bildung den Einfluss anderer Merkmale als gemeinsamen Index (z.B. Kahlor, Dunwoody, & Griffin, 2004; Su et al., 2014). Der Grund dafür ist, dass das Bildungsniveau einen guten Indikator für den SES einer Person darstellt, da beide Maße eng miteinander zusammenhängen. Die Bildung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, welchen Beruf ein Mensch ergreift, wie viel Geld er verdient und welche Eigentumsverhältnisse und finanziellen Spielräume er sich damit erwirtschaften kann. Gut ausgebildete Personen werden tendenziell eine besser bezahlte Position annehmen als weniger gut ausgebildete.

Eine Variante der Operationalisierung ist die Berücksichtigung des Einkommens der Familie anstatt einer einzelnen Person (Eveland & Scheufele, 2000). Auf diese Art und Weise wird das soziale Gefüge der Befragten stärker berücksichtigt.

Die Kritik am Informationsfluss betrifft die fehlende Messung des tatsächlichen Informationsflusses und die Vernachlässigung des Faktors Zeit. Die Wissensklufthypothese gründet auf der Annahme eines zunehmenden Informationsflusses in einer Gesellschaft über die Zeit, die in Wissensklüften zwischen Statushöheren und Statusniederen resultiert. In der Ursprungsstudie wie auch in den meisten empirischen Folgestudien werden jedoch keine Inhaltsanalysen durchgeführt, die prüfen, ob das Ausmaß des Informationsflusses tatsächlich ansteigt (Bonfadelli, 2007; Zilien & Haufs-Brusberg, 2014). Darüber hinaus wurden sowohl die Ursprungsstudie als auch zahlreiche Folgestudien vorrangig als Querschnittsdesigns konzipiert, die streng genommen keine Aussagen über den kausalen Zusammenhang von Ursache und Wirkung treffen können. Das einzige Längsschnittsdesign der Ursprungsstudie ist eine Sekundäranalyse, die nicht explizit zur Prüfung der Hypothese konzipiert war. Nicht zuletzt basieren die Studien der Wissensklufforschung zudem auf kleinen Samples, die keine Verallgemeinerung der Ergebnisse zulassen (Zilien & Haufs-Brusberg, 2014).

#### 2.1.2.2 Digital Divide

Die offene Formulierung der Wissensklufthypothese und ihrer Basiskonzepte ist der größte Kritikpunkt an diesem Ansatz. Jedoch ermöglichte diese Art der Formulierung auch eine Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen, wie die wachsende Bedeutung von Onlinemedien, und eine Fortschreibung derselben (Zilien & Haufs-Brusberg, 2014). Seit den 1990er Jahren etabliert sich in der Kommunikationswissenschaft der Forschungsschwerpunkt des Digital Divide (für einen Überblick vgl. DiMaggio, Hargittai, Celeste, & Shafer, 2004). Darin wird die Entwicklung von Klüften zwischen verschiedenen Gesellschaftssegmenten aufgrund der unterschiedlichen Verbreitung und Nutzung des Internets untersucht. Ausgangspunkt ist ein Bedrohungsszenario, das eine soziale Benachteiligung derjenigen annimmt, die keinen Zugang zum Internet besitzen beziehungsweise das Internet trotz bestehendem Zugang nicht nutzen (Marr, 2005). Das Bedrohungsszenario entsteht aus dem Zusammenspiel einer Exklusionsthese und einer Handicapthese. Erstere geht von einem langfristigen strukturellen Ausschluss bestimmter Bevölkerungssegmente vom Internet aus. Das wäre allerdings unerheblich, wenn der Ausschluss folgenlos bliebe. Dementsprechend nimmt die Handicapthese an, dass die Nutzung des Internets einen bedeutenden Vorteil darstellt, was

im Umkehrschluss zu einer Benachteiligung der Nichtnutzer führt (Cullen, 2001; Marr, 2004).

Die Erforschung der Ursachen und Folgen des Digital Divide kann nach zwei Forschungssträngen unterschieden werden: Zugangsforschung und Nutzungsforschung. Zugang und Nutzung des Internets sind untrennbar miteinander verbunden, da ohne einen Zugang auch keine Nutzung möglich ist. Die separate Betrachtung beider Forschungsschwerpunkte ergibt sich aus zwei Gründen. Erstens stehen Zugangsforschung und Nutzungsforschung in einer zeitlichen Abfolge. Ihre differenzierte Schwerpunktsetzung ist dabei eng an die technische Entwicklung und Verbreitung des Internets in der Gesellschaft geknüpft. Zu Beginn richtete sich das Forschungsinteresse zunächst auf die Existenz von Zugangsklüften (Castells, 2003; Murdock, 2002). Während im Verlauf der technischen Entwicklung große Teile der Bevölkerung in unterschiedlichen Schichten schnell Zugang zum Internet erhielten, schlossen sich die Klüfte nicht im selben Maße. Sie zeigten sich an verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, was einen Grund für die Formulierung neuer Forschungsfragen und eine Verlagerung des Forschungsinteresses auf die Unterschiede der Internetnutzung bewirkte. Der zweite Grund ist, dass die Studien der Zugangsforschung als zu undifferenziert kritisiert wurden. Die bloße Unterscheidung zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern sei zu kurz gegriffen, um das Problem des Digital Divide erschöpfend zu beschreiben (Selwyn, 2004; Jung, Qiu, & Kim, 2001). Eine solche Unterscheidung impliziere, dass entweder alle Nutzer das Internet auf die gleiche Weise nutzen oder die Nutzungsunterschiede nicht von Bedeutung sind (Zillien & Haufs-Brusberg, 2014).

### *Zugangsforschung*

Empirische Studien zur Diffusion zeigen, dass die Verbreitung des Internets in der Gesellschaft mit bestimmten soziodemografischen Merkmalen der Rezipienten verknüpft ist. Um die Jahrtausendwende war der typische Onliner ein Mann mittleren Alters mit hohem Bildungsabschluss und Einkommen (Bonfadelli, 2002; Kubicek & Welling, 2000; Martin, 2003). Der Diffusionstheorie technologischer Innovationen folgend (Rogers, 2003) wäre das unproblematisch, wenn man von einem normalen Verlauf der Diffusion einer technologischen Innovation ausgeht. Eben diese soziodemografischen Merkmale werden auch mit Personen in Verbindung gebracht, die Innovationen wie das Internet weit vor der breiten Masse der Bevölkerung aufgreifen (sogenannte „early adopters“, Rogers, 2003, S. 288f). Die Digital-Divide-Forschung geht jedoch davon aus, dass die normale Dynamik der Diffusion bei der Verbreitung des Internets nicht greift, weil für die gesellschaftlichen Unterschichten Zugangsbarrieren zur neuen Technologie bestehen. Als Barrieren gelten zum Beispiel fehlende Kompetenz im Umgang mit der Hardware, mangelndes Interesse oder knappe finanzielle Ressourcen (Marr, 2004; Marr &

Zillien, 2010; Norris, 2001). Die Erforschung des Zugangs zum Internet ist deshalb von Beginn an eng mit der kritischen Betrachtung der Notwendigkeit, Angemessenheit und Relevanz einer politisch gesteuerten Zugangsförderung verbunden (Kubicek & Welling, 2000; Marr, 2004; Marr & Zillien, 2010).

Problematisch für die Evaluation des Internetzugangs verschiedener Bevölkerungssegmente ist die stark voneinander abweichende Operationalisierung des Internetzugangs in verschiedenen Studien, da sie die Vergleichbarkeit und Aussagekraft der Studien beeinflusst. Oft wird der Zugang auch mit der allgemeinen Internetnutzung gleichgesetzt (Zillien & Haufs-Brusberg, 2014). Insgesamt zeigt sich für Deutschland ein positiver Aufwärtstrend über die Studien der Zugangsforschung hinweg. Heute verfügen in der Bundesrepublik 95 Prozent der Bevölkerung über einen Internetzugang (ARD/ZDF-Onlinestudie, 2014).

Während zunächst die Unterschiede des Zugangs zum Internet in den entwickelten Industrienationen betrachtet wurden, interessierten sich Forscher unter dem Stichwort des Global Divide auch bald für die Unterschiede zwischen westlichen Industrieländern auf der einen Seite und den Schwellen- und Entwicklungsländern auf der anderen Seite (Kraemer, Ganley, & Dewan, 2005; Norris, 2001; Techatassanasoontorn & Kauffman, 2005). Während sich die digitalen Zugangsklüfte zwischen und innerhalb der westlichen Industrienationen zunehmend schlossen (International Telecommunication Union, 2014), zeigten sich gravierende digitale Klüfte zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern. Im Jahr 2014 hatten 78 Prozent aller Bürger in entwickelten Ländern, aber nur 32 Prozent in weniger entwickelten Ländern einen Internetzugang. Da die Zuwachsraten in weniger entwickelten Ländern jedoch größer als die in entwickelten Ländern sind (International Telecommunication Union, 2014), kann man annehmen, dass sich die digitalen Klüfte zwischen den Industrieländern einerseits und den Schwellen- und Entwicklungsländern andererseits ebenfalls langfristig schließen werden.

### *Nutzungsforschung*

Die Nutzungsforschung setzt sich aus insgesamt drei Forschungsbereichen zusammen: (1) Unterschiede bei der Nutzung von Internettechnik, (2) Unterschiede bei der Nutzungskompetenz und (3) Unterschiede bei der Nutzung online verfügbarer Medieninhalte (Zillien & Haufs-Brusberg, 2014).

Die Erforschung genutzter Internettechnik knüpft eng an die Zugangsforschung an. Empirische Studien prüfen den Einfluss unterschiedlicher Internetzugänge (z.B. Breitband, Modem) und der Computerausstattung auf die Internetnutzung (Davison & Cotton, 2003; Hassani, 2006; Kwak, Skoric, Williams, & Poor, 2004). Insgesamt ergeben die Befunde, dass die Art des Zugangs und die techni-

sche Ausstattung Dauer und Häufigkeit der Internetnutzung ebenso stark beeinflussen wie soziodemografische Variablen. Heute nutzen 79 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren das Internet zumindest gelegentlich (van Eimeren & Frees, 2014). Die Daten zeigen jedoch, dass sich die Internetnutzung zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen unterscheidet. Obwohl Frauen bei der Internetnutzung in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt haben, sind Männer häufiger und länger online. Zudem hat sich die Alterskluft weiter nach hinten verschoben. Es sind zwar 100 Prozent der 14- bis 19-Jährigen, aber nur etwa 45 Prozent der über 60-Jährigen zumindest gelegentlich online (ARD/ZDF-Onlinestudie, 2014; Dudenhöffer & Meyen, 2012).

Die Erforschung von Unterschieden bei der Nutzungskompetenz wird auch als Second Level-Digital Divide bezeichnet (Hargittai, 2002) und bezieht sich auf die Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit dem Internet. Insgesamt können Kompetenzen in fünf Bereichen unterschieden werden (van Deursen & van Dijk, 2011, 2014a; van Deursen, Courtois, & van Dijk, 2014). Die (1) operative Kompetenz umfasst zum einen die Fähigkeit, die notwendige Hardware zu bedienen, und zum anderen ganz grundlegende Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet wie das Öffnen, Schließen und Speichern von Dateien, Öffnen von Webseiten usw. Die (2) formale Kompetenz bezieht sich auf die Orientierung und Navigation in der Hyperlinkstruktur. Ein Onlinenutzer ist formal kompetent, wenn er sich entlang der Hyperlinkstruktur bewusst durch das Netz bewegen kann und beim Surfen nicht ‚verloren geht‘. (3) Informationskompetenz bedeutet, dass ein Onlinenutzer in der Lage ist, spezifische Informationen im Netz zu suchen, zu finden und die Qualität der gefundenen Informationen einzuschätzen. Die (4) Kommunikationskompetenz ist an die sozialen Aspekte des Internets angelehnt. Ein Onlinenutzer bringt kommunikative Kompetenz zum Ausdruck, indem er Kontakte zu anderen Nutzern herstellt, Informationen mit ihnen austauscht und die Verbindungen pflegt. Darüber hinaus ist er in der Lage, aktiv Onlineprofile zu erstellen und mit verschiedenen Identitäten im Netz umzugehen. Die (5) strategische Kompetenz betrifft das Ausnutzen von Vorteilen, die sich dem Nutzer im Internet bieten. Der Nutzer navigiert dabei mit einem bestimmten Ziel durch das Netz, das über die reine Information hinausgeht (z.B. Partizipation an einer Onlinepetition, Onlinebanking, Buchen von Reisen usw.). Insgesamt zeigen die Befunde zum Second Level-Digital Divide, dass vor allem Jüngere, hoch Gebildete und Männer andere Onlinenutzer in ihrer Internetkompetenz bei weitem übertreffen (van Deursen & van Dijk, 2011, 2014a; van Deursen, Courtois, & van Dijk, 2014).

Die Erforschung von Unterschieden genutzter Onlineinhalte dokumentiert, welche Angebote im Internet genutzt werden und welche Klüfte dabei beobachtbar sind. Die aktuelle Literatur identifiziert sieben Aktivitätstypen der Nutzung von Onlineangeboten (van Deursen & van Dijk, 2014b): (1) Informationsnutzung, (2)

Nachrichtennutzung, (3) persönliche Entwicklung (z.B. Wissenserwerb, Ideensuche, Karriereplanung), (4) Konsum (Onlineshopping), (5) soziale Interaktion, (6) Nutzung von Unterhaltungsangeboten und (7) Nutzung von Onlinespielen. Aus der Perspektive des objektiven Wissensverständnisses sind für die gesellschaftliche Teilhabe vor allem die Aktivitätstypen Informationssuche, Nachrichtennutzung sowie die Nutzung des Internets für die persönliche Entwicklung von Bedeutung. Für diese drei Nutzungstypen zeigen sich ebenfalls Klüfte in Abhängigkeit des Alters, des Geschlechts und der Bildung der Nutzer. Jüngere, Männer und Personen mit hohem Bildungsabschluss nutzen das Internet häufiger zur Suche von Informationen, zur Rezeption von aktuellen Nachrichten und für die persönliche Entwicklung als andere Personengruppen (ARD/ZDF-Onlinestudie, 2014; Dudenhöffer & Meyen, 2012; Peter & Valkenburg, 2006; van Deursen & van Dijk, 2014b; van Deursen, van Dijk, & ten Klooster, 2015; van Eimeren & Frees, 2014; van Eimeren, 2015).

Insgesamt zeigt die Digital-Divide-Forschung, dass durch Zugangs- und Nutzungsklüfte vor allem die Personengruppen benachteiligt werden, die aus Perspektive des objektiven Wissensverständnisses am meisten von den Möglichkeiten des Internets profitieren würden. Ausgehend von den bestehenden sozialen Klüften in der realen Welt könnten Ältere, Frauen sowie Bürger mit geringer Bildung den größten Nutzen aus dem online verfügbaren Informations- und Nachrichtenangebot ziehen, um ihr Wissen zu erweitern. Ergebnisse der Zugangs- und Nutzungsforschung zeigen jedoch, dass ihnen entweder der Zugang verwehrt bleibt oder sie die Angebote aus anderen Gründen nicht nutzen (z.B. fehlendes Interesse) und vor allem hoch gebildete und finanziell gut situierte junge Männer von solchen Angeboten Gebrauch machen (z.B. DiMaggio & Bonikowski, 2008; Eynon & Geniets, 2015; Marr, 2005). Dieser Widerspruch wird in der Literatur als Teufelskreis (Norris, 2001), Matthäuseffekt (van Dijk, 2005) oder innovativeness/needs paradox (Rogers, 2003) bezeichnet, denn das Internet trägt so zur Verschärfung von real existenten sozialen Unterschieden bei. Man kann annehmen, dass digitale Klüfte beobachtet werden können, solange netzbasierte Neuerungen (web 1.0, web 2.0, Apps für die mobile Nutzung) durch die Gesellschaft diffundieren. Die eigentlich spannende und entscheidende Frage der Digital-Divide-Forschung ist, welche beobachteten Klüfte tatsächlich langfristiger, struktureller Natur sind und welche Klüfte im Zuge der Diffusion einer technischen Innovation entstehen und sich in deren Verlauf wieder schließen. Die Frage ist also: Sind die älteren Frauen mit geringerem Bildungsabschluss diejenigen, die die Innovation lediglich (sehr viel) später in ihren Alltag integrieren oder bestehen für diese Personengruppen strukturelle Zugangsbarrieren, die sich allein durch die Dynamik der Diffusion nicht schließen und politischer Steuerung bedürfen?

## 2.2 Subjektives Verständnis von Wissen

### 2.2.1 Definition und Abgrenzung vom objektiven Wissensverständnis

Studien, die dem subjektiven Verständnis folgen, setzen bei den Medieninhalten an und untersuchen, wie Rezipienten diese verarbeiten und erinnern. Wissen wird im subjektiven Wissensverständnis als Integration neuer Informationen in bestehende Wissensstrukturen verstanden: "Individuals actively collect, store, modify, interpret, and incorporate new information with what they already know about the world" (Sotirovic & Leod, 2004, S. 358). Im Folgenden wird das subjektive Verständnis anhand der fünf Differenzierungskriterien (1) demokratietheoretische Fundierung, (2) Operationalisierung, (3) Berücksichtigung des Informationsverarbeitungsprozesses, (4) Organisation von Wissen, sowie (5) dem methodischen Design der empirischen Prüfung beschrieben und vom objektiven Wissensverständnis abgegrenzt.

Im Gegensatz zum objektiven Wissensverständnis liegt dem subjektiven Wissensverständnis keine demokratietheoretische Fundierung zugrunde. Forscher interessieren sich weniger für den Erwerb gesellschaftlich relevanter politischer Fakten, sondern für die inneren subjektiven Prozesse, die während des Lernprozesses ablaufen. Die Kenntnis einzelner politischer Fakten tritt folglich in den Hintergrund und die Betrachtung des Erwerbs komplexer Wissensstrukturen in den Vordergrund.

Die Verlagerung des Schwerpunkts ist für die Interpretation des Wissenserwerbs aber nicht unproblematisch. Wenn die normative Annahme der notwendigen Kenntnis eines Kanons objektiver richtiger Informationen keine Gültigkeit mehr besitzt, dann wird der Wissensbegriff beliebig erweitert. Jede Veränderung wird als Wissenserwerb angesehen, selbst wenn sie unvollständig oder fehlerhaft ist.

Die am häufigsten eingesetzten Operationalisierungen sind die gestützte oder die ungestützte Erinnerung von Botschaftsinhalten und deren Bewertung. Die Erinnerung an bestimmte Inhalte wird dabei in geschlossener und in offener Frageform erfasst. Wird die inhaltliche Rekapitulation in offener Frageform erhoben, werden die Rezipienten gebeten, ihre Erinnerungen an bestimmte Botschaftsinhalte in ihren eigenen Worten wiederzugeben. Die Qualität der Antworten kann dann anhand unterschiedlicher Dimensionen wie zum Beispiel der Komplexität und Genauigkeit der Antwort oder dem Bezug zur Botschaft bewertet werden (z.B. Graber, 1988; Kahlor et al., 2004). Treten zwischen der wiedergegebenen Erinnerung und der ursprünglich vermittelten Information Differenzen auf, werden diese nicht als Lerndefizite oder schwache Medienwirkung, sondern als Folge des individuellen Lernprozesses interpretiert (Kepplinger, 2004). Neben der Wiedergabe

konkreter Inhalte werden von den Rezipienten darüber hinaus Bewertungen (z.B. Erfolg und Machbarkeit bestimmter Strategien) der rezipierten Botschaft erfragt.

Die kognitiven Mechanismen der Informationsverarbeitung sind im Gegensatz zum objektiven Wissensverständnis das Kernelement im subjektiven Wissensverständnis. Prozesse der Informationsverarbeitung werden als kognitive Strategien verstanden, die ein Individuum bewusst oder unbewusst einsetzt, um die Fülle an Informationen zu verarbeiten, die ihm bei seiner tagtäglichen Mediennutzung begegnet (Kosicki & McLeod, 1990). Modelle der Informationsverarbeitung gliedern den Lernprozess in der Regel in drei bis fünf Subprozesse (z.B. Lang, 2000; Miller, 2013). Im Fokus des Forschungsinteresses steht dann, welche Informationen erinnert werden und wie die individuellen Merkmale des Rezipienten wie beispielsweise seine Einstellung und persönlichen Erfahrungen die Informationsverarbeitung beeinflussen (Graber, 1988). Daraus resultiert die Vorstellung einer geordneten, verknüpften und dynamischen Organisation von Wissen (Wirth, 1997, S. 122). Wissen wird nicht als statisches Objekt, sondern als ein dynamisches Konstrukt verstanden, das zum Beispiel in Schemata oder Skripts gespeichert wird. In solchen Strukturen gespeichertes Wissen kann dann wieder als Vorwissen für die Verarbeitung neuer rezipierter Informationen herangezogen werden.

Empirische Studiendesigns, denen ein subjektives Wissenskonzept zugrunde liegt, nutzen Modelle indirekter Medienwirkung, um den Wissenserwerb zu modellieren. Das bedeutet, dass die Medieninhalte bestimmte kognitive Strategien der Informationsverarbeitung auslösen, die dann als Mediatoren des Zusammenhangs zwischen den genutzten Medieninhalten als unabhängige Variable und dem Wissenserwerb als abhängige Variable auftreten. Forschungsfragen, die dem subjektiven Verständnis von Wissen folgen, werden hauptsächlich mit experimentellen Versuchsanordnungen beantwortet. Sie nutzen einen konkreten Stimulus, an dessen Beispiel unterschiedliche Prozesse der Informationsverarbeitung zeitnah zum Rezeptionszeitpunkt untersucht werden.

### *2.2.2 Theoretische Ansätze, die einem subjektiven Wissensverständnis folgen*

Es gibt zahlreiche Theorien und Modelle der mentalen Repräsentation von Wissen. Als theoretische Basis zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs sind für die vorliegende Studie drei Ansätze von besonderem Interesse. (1) Das integrative Wissenskonzept (Wirth, 1997) als ein kommunikationswissenschaftlicher Ansatz, der die Bedeutung der Integration kognitionspsychologischer Variablen zur Erklärung politischen Wissenserwerbs aus den Medien betont, (2) die Schematheorie (z.B. Graber, 1988) als ein kognitionspsychologischer Ansatz, der als Erklärung

dafür dienen kann, warum Informationen aus Medienbeiträgen selektiv erlernt werden und warum unterschiedliche Rezipienten dieselben Medieninformationen unterschiedlich verarbeiten, (3) das Limited Capacity Model (Lang, 2000) als ein kognitionspsychologischer Ansatz, der den Informationsverarbeitungsprozess, welcher das zentrale Element des subjektiven Wissensverständnisses darstellt, modelliert und auf alle Mediengattungen und -inhalte anwendbar ist.

### 2.2.2.1 Integratives Wissen

Für die Entwicklung des integrativen Wissenskonzepts knüpft Wirth (1997, S. 122) an die demokratiethoretische Fundierung des objektiven Wissensverständnisses an und stellt darüber hinaus drei Anforderungen an das integrative Wissenskonzept: (1) Der subjektive Informationsverarbeitungsprozess muss berücksichtigt werden. (2) Es muss stärker beachtet werden, wie neue Informationen mit dem Vorwissen der Rezipienten verknüpft werden. (3) Wissen muss ganzheitlich operationalisiert werden. Mit diesen Anforderungen orientiert sich das integrative Wissen stark am subjektiven Verständnis.

Für die Erfüllung der ersten beiden Anforderungen wird das Konstruktions-Integrationsmodell (K-I-Modell) von Kintsch (1988, 1998, 2005) genutzt. Das K-I-Modell ist ein psychologisches Modell zum Textverständnis. Es beschreibt, wie ein Text während der Rezeption im Kurzzeitgedächtnis repräsentiert wird und wie ein Rezipient die im Text enthaltenen Informationen mit seinem Vorwissen verknüpft. Im Modell werden die Konstruktions- und die Integrationsphase als zwei parallel ablaufende Phasen der Informationsverarbeitung unterschieden. In der Konstruktionsphase werden eine Vielzahl von Informationen, sogenannte Propositionen, mit ihren jeweiligen Verknüpfungen aus dem Text gedanklich extrahiert. Der Rezipient versucht aus diesen einzelnen Informationen ein möglichst konsistentes und verbundenes Netzwerk zu erstellen. Kintsch geht davon aus, dass für ein umfassendes Textverständnis die Textbasis allein nicht ausreicht. Dafür bedarf es zusätzlich des Vorwissens, der Assoziationen und Schlussfolgerungen des Rezipienten. Die Propositionen aktivieren mit der Textbasis assoziiertes Wissen im Langzeitgedächtnis, das den Konstruktionsprozess beeinflusst und in das innere Modell der Textrepräsentation einfließt. Sind alle Propositionen aus dem Text extrahiert und das assoziierte Vorwissen aktiviert, beginnt der Integrationsprozess. Im Propositionennetzwerk sind zu Beginn des Integrationsprozesses noch widersprüchliche, redundante und unwichtige Informationen miteinander verknüpft. Mithilfe des aktivierten Vorwissens werden diese Inkonsistenzen bereinigt und es entsteht eine kohärente Gesamtrepräsentation des Textes. Die Konstruktions- und die Integrationsphase wiederholen sich so lange, bis der Leser eine vollständige,

schlüssige und widerspruchsfreie Repräsentation des Textes erworben hat, die seine Motive, Ziele sowie sein subjektives Vorwissen und seine Einstellungen berücksichtigt. Eine so erworbene Wissensstruktur wird als integratives Wissen bezeichnet (Wirth, 1997, S. 150). Beispiele für integratives Wissen sind Vermutungen, die eine Person nach der Rezeption eines Medienbeitrags über die Intention des Autors anstellt, oder Bewertungen und Interpretationen von Handlungen und Positionen, die der Rezipient von im Text genannten Akteuren vornehmen kann. Dem integrativen Wissenskonzept liegt eine dynamische, geordnete und verknüpfte Organisation von Wissen zugrunde. Die objektiven medienvermittelten Informationen bleiben jedoch elementar für den Lernprozess, denn nur die Verknüpfung von objektiven Informationen und subjektivem Wissen wird als integratives Wissen definiert. Der rezipierte Beitrag liefert den Rahmen, in dem der Rezipient ein inneres Modell aufbauen kann.

Die dritte Anforderung der ganzheitlichen Messung von Wissen kann das Wissenskonzept jedoch nicht vollständig erfüllen. Die Definition von integrativem Wissen schließt zwei Bereiche aus dem Wissenskonzept aus. Das ist zum einen die bloße Wiedergabe (Erinnerung) von Faktenwissen, da es ohne die Verknüpfung mit subjektivem Rezipientenwissen per Definition kein integratives Wissen darstellt. Das ist zum anderen die rein subjektive Wiedergabe von Rezipientenwissen ohne den Bezug zu Beitragsinformationen, die ebenfalls nicht als integratives Wissen verstanden wird (Wirth, 1997, S. 150). Eine umfassende Berücksichtigung des politischen Wissens ist dann nicht mehr möglich.

Eine zweite Einschränkung betrifft das Themenfeld, in dem Wissen erworben werden kann. Für (noch) völlig unbekannte Themenbereiche existieren weder Vorwissen noch Voreinstellungen. Streng genommen kann für diese Themengebiete kein subjektives Wissen im Langzeitgedächtnis aktiviert werden, welches per Definition jedoch eine notwendige Bedingung für die Bildung einer integrativen Wissensstruktur darstellt. Das integrative Wissenskonzept kann dann nicht zur Erklärung des Erwerbs von kurzfristigem politischen Wissen herangezogen werden. Wirth argumentiert dagegen, dass zumindest im politischen Bereich Ereignisse und Handlungen ritualisiert seien und zwischen politischen Ereignissen zahlreiche Bezüge hergestellt werden können. Für die Bildung integrativen Wissens sei auch kein fachspezifisches Wissen notwendig, da „auch in weniger fundierten Evaluationen, Analogien und Assoziationen [...] integratives Wissen zum Ausdruck [kommt]“ (Wirth, 1997, S. 152). Insgesamt kann das Konzept des integrativen Wissens in vorliegender Arbeit deshalb nur eingeschränkt als theoretischer Erklärungsansatz für den politischen Wissenserwerb dienen.

### 2.2.2.2 Schematheorie

Die Schematheorie ist ein kognitionspsychologischer Ansatz, der in der Kommunikationswissenschaft gut etabliert ist (z.B. Brosius, 1995; Graber, 1988). Die Schematheorie setzt an dem Punkt an, dass Rezipienten nur einen kleinen Teil der Informationen verarbeiten (können), die ihnen täglich begegnen. Welche Informationen aus der Fülle ausgewählt und wie sie verarbeitet werden, hängt maßgeblich von den kognitiven Schemata einer Person ab.

Unter einem Schema wird eine Wissensstruktur aus typischen Merkmalen und Zusammenhängen von Objekten, Personen, Handlungen usw. verstanden (Bartlett, 1932/1995; Markus, 1977). Schemata werden im Gedächtnis angelegt, weil ein Mensch nicht in der Lage ist, Erfahrungen unbegrenzt in allen Details zu erinnern. Allerdings besitzt er die Fähigkeit, gemeinsame Attribute einzelner Erlebnisse zu abstrahieren und zu generalisieren. Die schematische Wissensstruktur entsteht, wenn eine Person diese Attribute beziehungsweise ein Set mehrerer typischer Attribute gemeinsam abspeichert (Brosius, 1991).

Graber (1988, S. 29) unterscheidet vier verschiedene Funktionen von Schemata. Als Erstes steuert das Schema die Wahrnehmung, Selektion, Verarbeitung und Speicherung neuer Informationen. Das bedeutet, dass der Kontakt zu neuen Informationen bestehende Schemata durch Hinweisreize zunächst aktiviert. Im Anschluss werden dem Schema ähnliche Informationen aus dem Informationsangebot selektiert und entsprechend dem Schema strukturiert, so dass die Verarbeitung überhaupt erst möglich wird. Als Zweites dient ein Schema der Interpretation neuer Informationen, um sie in ein bestehendes Schema einzugliedern. Als Drittes ermöglicht ein Schema, auch unvollständig vermittelte Informationen zu verstehen, indem fehlende Informationen durch Vorwissen aus einem bestehenden Schema ergänzt werden. So zeigte beispielsweise Bartlett (1932/1995), dass englische Rezipienten, die gebeten wurden, ein indisches Märchen nachzuerzählen, in der Erinnerung fehlende Stücke der Geschichte mit Informationen aus dem eigenen Kulturkreis überbrückten. Nicht zuletzt können Schemata auch dazu dienen, Lösungen für bestimmte Probleme zu finden. Sie können Informationen zu verschiedenen Szenarien, Handlungsmöglichkeiten und deren Konsequenzen enthalten, die eine gedankliche Simulation verschiedener Lösungswege erlauben.

Ein Beispiel für ein Schema ist der Einkauf in einem Supermarkt. Bisher getätigte Einkäufe lenken die Wahrnehmung, Erwartungen und das Verhalten des Käufers. Der Einkauf beginnt mit dem Auslösen eines Einkaufswagens. Nun betritt der Kunde den Markt und hat durch seine bisher getätigten Einkäufe eine gute Vorstellung davon, wie er seinen Wagen füllt und seine Waren nach Hause bringt. Er weiß zum Beispiel, dass Obst und Gemüse am Eingang angeboten werden und

welche Produkte im Kühlregal zu finden sind. Das Schema endet mit der Bezahlung der Waren an der Kasse. Schemata sind dabei keine trennscharfen Konzepte, sondern können miteinander verbunden und ineinander verschachtelt sein. Neue Informationen können so in mehreren verschiedenen Schemata gespeichert werden (Graber, 1988). Beahlt der Kunde im Supermarkt beispielsweise erstmals mit einer mobilen App, wird diese Möglichkeit des Bezahls auch in anderen (Kauf-)Schemata gespeichert.

Hinsichtlich des politischen Wissenserwerbs ist die Schematheorie vor allem zur Erklärung des langfristigen Wissenserwerbs geeignet. Schemata sind stabile kognitive Strukturen, die durch Abstraktion von sehr ähnlichen genutzten Informationen entstehen. Mithilfe der wahrnehmungs- und selektionsleitenden Funktion von Schemata kann erklärt werden, warum Rezipienten bestimmte (schemakonsistente) Informationen nutzen und andere (schemainkonsistente) Informationen nicht beachten. Darüber hinaus beeinflussen Schemata die Verarbeitung der aufgenommenen Informationen, da im Schema gespeichertes Vorwissen aktiviert wird und die neue Information in die Schemastruktur integriert wird. Im Umkehrschluss bestehen bei der Schematheorie Grenzen für die Erklärung des kurzfristigen Wissenserwerbs. Wenn Schemata erst durch die häufige Wiederholung ähnlicher Informationen entstehen oder modifiziert werden, kann damit nicht erklärt werden, wie Rezipienten kurzfristig Wissen über völlig neue Informationen erwerben. Darüber hinaus kann nicht jede Form von Wissen als generalisiertes Schema gespeichert sein, denn Menschen können Erinnerungen durchaus sehr detailliert wiedergeben (Wirth, 1997).

### 2.2.2.3 Limited Capacity Model

Das Limited Capacity Model ist ein datengetriebener kognitionspsychologischer Ansatz zur Erklärung des Wissenserwerbs aus den Massenmedien. Es setzt am Informationsverarbeitungsprozess medial vermittelter Botschaften an und ist für alle Mediengattungen und Medieninhalte anwendbar (Lang, 2000). Dem Modell liegt keine Wirkungsannahme zugrunde. Das heißt, es unterstellt keinen konkreten Zusammenhang zwischen einem bestimmten Medieninhalt und der Wirkung der Informationsverarbeitung, sondern es modelliert den Prozess der Verarbeitung an sich.

Für das Modell werden fünf Annahmen getroffen (Lang, 2008): (1) Menschen besitzen beschränkte Ressourcen der Informationsverarbeitung. Wenn die Menge der zu verarbeitenden Informationen die Menge der bearbeitbaren Informationen übersteigt, erlebt der Rezipient einen Zustand der kognitiven Überlastung (cognitive overload). Die Verarbeitung von Informationen kann dann nicht

mehr optimal erfolgen. (2) Die Informationsverarbeitung wird von Emotionen beeinflusst. Die psychologische Forschung versteht Emotionen als Motivationssysteme der Informationsverarbeitung. Sie unterscheidet aversive Emotionen (z.B. Angst) von angenehmen Emotionen (z.B. Freude). Aversive Emotionen motivieren einen Menschen dazu, unangenehme oder gefährliche Situationen zu verlassen. Angenehme Emotionen motivieren ein Individuum, sich bestimmten Situationen zuzuwenden. (3) Die Arbeitsweise des kognitiven Systems verändert sich über die Zeit. Es ist abhängig vom Zustand, der Umgebung und seinen kognitiven Grenzen. (4) Medienbotschaften bestehen aus einer Fülle redundanter Informationen mit unterschiedlicher psychologischer Relevanz. (5) Kommunikation ist die Interaktion zwischen dem motivierten kognitiven System, dem Kontext der Kommunikation und den psychologisch relevanten Variablen der Medienbotschaft.

Das Limited Capacity Model unterteilt den Informationsverarbeitungsprozess in drei Subprozesse (Lang, 2000, 2008): (1) Verschlüsselung (encoding), (2) Speicherung (storage) und (3) Abruf von Informationen (retrieval). Das Modell geht davon aus, dass alle drei Subprozesse simultan ablaufen können. Wie gut eine Information verarbeitet wird, hängt ganz maßgeblich davon ab, wie umfangreich den drei Subprozessen kognitive Ressourcen zur Verfügung stehen und wie intensiv sie folglich ausgeführt werden können.

Der Prozess der Verschlüsselung beschreibt die Initialphase der Informationsverarbeitung sehr ausführlich. Diese umfasst wiederum drei Schritte. Im ersten Schritt werden die wahrnehmbaren Informationen, die eine Medienbotschaft enthält, von den Sinnesorganen erfasst. Da die Menge der wahrgenommenen Informationen die Menge der bearbeitbaren Informationen übersteigt, wird im zweiten Schritt nur ein kleiner Teil der wahrgenommenen Informationen an den Arbeitsspeicher im Gehirn weitergeleitet. Im letzten Schritt entsteht dort eine mentale Repräsentation der rezipierten Medienbotschaft. Diese mentale Repräsentation ist dabei keine vollständige Kopie der rezipierten Botschaft, sondern ein subjektiv konstruiertes Abbild, das nur noch einen Bruchteil der originären Informationen enthält.

Der Prozess der Speicherung beschreibt die Aufbereitung der mentalen Repräsentation für das Kurz- und Langzeitgedächtnis. Wie für Modelle der subjektiven Wissensperspektive üblich, liegt dem Limited Capacity Model die Vorstellung einer geordneten und verknüpften Wissensstruktur zugrunde. Der Arbeitsspeicher umfasst alle durch Assoziationen aktivierten Erinnerungen (Vorwissen), die für die Verarbeitung neuer Informationen herangezogen werden. Dabei werden die neuen Informationen mit dem aktivierten Vorwissen verknüpft. Je mehr Assoziationen mit der neuen Information geweckt werden, desto umfassender kann die neue Information abgespeichert werden. Nicht jede im Arbeitsspeicher befindliche

Information wird also in gleicher Weise in die Wissensstruktur integriert. Die Qualität und der Umfang der Speicherung sind neben den verfügbaren kognitiven Ressourcen auch vom abrufbaren Vorwissen abhängig. Der dritte Subprozess beschreibt die Reaktivierung abgespeicherter Informationen für neue Verarbeitungsprozesse. Je stärker eine gespeicherte Information mit anderen Assoziationen verbunden ist, desto schneller und häufiger kann sie im Gedächtnis aufgefunden und aktiviert werden und so als aktivierte Erinnerung für die Verarbeitung neuer Informationen im Arbeitsspeicher genutzt werden.

Das Limited Capacity Model ist aus zwei Gründen eine sinnvolle Ergänzung der theoretischen Basis zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs. Als Erstes ist die Informationsverarbeitung, die durch das Modell dargestellt wird, ein wesentliches Differenzierungskriterium des objektiven und des subjektiven Wissensverständnisses. Während die kognitiven Prozesse im objektiven Verständnis als Blackbox betrachtet werden, rücken sie im subjektiven Verständnis in den Fokus des Forschungsinteresses und dienen maßgeblich zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs. Die Berücksichtigung der Informationsverarbeitung kann den Kanon der erklärenden Variablen ergänzen und so zur Verbesserung der Vorstellung beitragen, wie Rezipienten Wissen aus den Medien erwerben. Als Zweites ist das Limited Capacity Model eine sinnvolle Ergänzung der theoretischen Basis zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs, weil es in zwei Punkten an die Theorien des objektiven Wissensverständnisses anknüpft. Zum einen impliziert das Modell, dass solche Informationen am besten verarbeitet werden, zu denen zahlreiche Assoziationen im Arbeitsspeicher aktiviert werden können. Je größer das Vorwissen, desto intensiver ist folglich die Informationsverarbeitung. Das geht konform mit zwei Grundannahmen der Wissenskluthypothese: Personen mit hohem sozioökonomischen Status lernen mehr aus den Medien als Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status, weil sie über stärker ausgeprägte kognitive Fähigkeiten verfügen (sprich ihnen stehen mehr kognitive Ressourcen für die Informationsverarbeitung zur Verfügung) und weil sie ein größeres Vorwissen besitzen (welches für die Informationsverarbeitung aktiviert werden kann). Zum anderen schließt das Limited Capacity Model an die empirische Forschung zum Second Level-Digital Divide an. Hier wird argumentiert, dass Jüngere, höher Gebildete und Männer eine größere Kompetenz im Umgang mit dem Internet besitzen. Sie können die Vorteile des Internets besser nutzen als andere Mitglieder der Gesellschaft, weil sie nicht so viel Mühe mit grundlegenden Aufgaben wie der Orientierung auf Webseiten und der Hyperlinkstruktur haben, die mit der Nutzung von Onlinemedien einhergehen (cognitive overload). Sprich, da sie weniger kognitive Ressourcen für die Navigation und Orientierung im Netz aufbringen müssen, stehen ihnen mehr kognitive Ressourcen zur Verfügung, um die online vermittelten Informationen zu verarbeiten.

## 2.3 Einflussfaktoren auf den Wissenserwerb

Die theoretischen Ansätze des objektiven und des subjektiven Wissensverständnisses heben die Bedeutung insbesondere zweier Variablen für den individuellen Wissenserwerb hervor. Das sind die Menge und die Elaboration genutzter Informationen. Dies bedeutet, dass Rezipienten umso mehr Wissen zu politischen Themen erwerben, je mehr Informationen sie zu diesen Themen nutzen und je intensiver sie die genutzten Informationen verarbeiten. Die Wissensklufthypothese und der Digital Divide betonen (und problematisieren) vor allem die in den Massenmedien vermittelte und genutzte Informationsmenge, da unterschiedliche Gesellschaftsschichten aufgrund ihrer individuellen Merkmale und Voraussetzungen daraus unterschiedlich viel Wissen beziehen und so Wissensklüfte zwischen den Gesellschaftsschichten entstehen. Der Ansatz des integrativen Wissens, die Schematheorie und das Limited Capacity Model betonen die Bedeutung der Elaboration, da sie die individuellen Informationsverarbeitungsprozesse als zentralen Erklärungsansatz für den Wissenserwerb verschiedener Rezipienten nutzen.

Empirische Studien, die dem objektiven oder dem subjektiven Wissensverständnis folgen, identifizieren verschiedene Einflussfaktoren, die die Menge und Elaboration genutzter Informationen und folglich den Wissenserwerb beeinflussen. Diese können nach medialen und rezipientenseitigen Einflussfaktoren unterschieden werden. Die medialen Einflussfaktoren betreffen das Informationsangebot und bestimmen die Menge an in den Medien vermittelten Informationen, die überhaupt von den Rezipienten erlernt werden können. Die rezipientenseitigen Einflussfaktoren betreffen die individuelle Informationsnutzung und Informationsverarbeitung. Sie bestimmen maßgeblich, welchen Informationen sich ein Rezipient überhaupt zuwendet und wie intensiv er diese Informationen verarbeitet.

### *2.3.1 Mediale Einflussfaktoren auf den Wissenserwerb*

Auf die in den Medien vermittelte Informationsmenge und folglich auf den Wissenserwerb nehmen vor allem zwei Faktoren Einfluss. Das sind zum einen mehr oder weniger stark ausgeprägte Restriktionen der Vermittlungskapazität unterschiedlicher Informationskanäle. Das ist zum anderen der Einfluss der kumulierten Informationsvermittlung. Hier geht es darum, wie häufig bestimmte Informationen in allen Informationskanälen und über einen längeren Zeitraum hinweg redundant vermittelt werden.

### 2.3.1.1 Einfluss des Informationskanals auf den Wissenserwerb

Unterschiedliche Informationskanäle unterscheiden sich ganz erheblich in der Menge der Informationen, die sie vermitteln. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen unterliegen verschiedene Kanäle unterschiedlichen Restriktionen ihrer Vermittlungskapazität in Raum und Zeit. Zum anderen wird die Menge vermittelter Informationen durch die mediengattungsspezifische Informationsgestaltung beeinflusst. Wissenserwerb und Wissensklüfte sind insbesondere für Printmedien, das Fernsehen und Onlinemedien untersucht worden. Im Folgenden wird für diese drei Informationskanäle diskutiert, welchen Einfluss die mediengattungsspezifischen Restriktionen und Gestaltungsmöglichkeiten auf die Menge der verfügbaren Informationen und folglich den Wissenserwerb haben.

#### *Informationsvermittlung im Fernsehen*

Das Fernsehen unterliegt im Vergleich zu Printmedien und Onlinemedien den größten Restriktionen in Raum und Zeit. Deshalb kann man annehmen, dass im Fernsehen die geringste Menge an Informationen zu politischen Themen im Vergleich der drei Informationskanäle vermittelt wird.

Fernsehnachrichten sind stark an ihre Sendezeit und ihren Sendeplatz (Dauer und Zeitpunkt der Informationsvermittlung) gebunden. Um die Sendezeit zu füllen, selektieren die Nachrichtenredaktionen die wichtigsten und relevantesten Meldungen des Tages aus dem potenziellen Nachrichtenangebot. Da die Sendezeit insgesamt beschränkt ist, sinkt die Länge einzelner Nachrichtenbeiträge, je mehr Themen für die Berichterstattung ausgewählt werden. Fernsehnachrichtensendungen unterliegen also einem gewissen Trade-off der Informationsvermittlung. Je mehr Informationen zu verschiedenen Themen den Zuschauern vermittelt werden, desto geringer ist die Informationsmenge zu den einzelnen Themen. Die Informationsvermittlung erfolgt darüber hinaus nur zu einem bestimmten Sendezeitpunkt. Verpasst ein Rezipient die Nachrichtensendung, sind die Informationen nicht beliebig zeitunabhängig verfügbar.

Auch die mediengattungsspezifische Gestaltung von Fernsehnachrichtensendungen setzt der Informationsmenge Grenzen. Das betrifft vor allem die sprachliche Gestaltung, wenn Fernsehnachrichtenbeiträge verständlich vermittelt werden sollen. Für das gesprochene Wort bedienen sich die Journalisten insbesondere im Vergleich zu Printmedien einer einfachen, anschaulichen und lebensnahen Sprache (Shingi & Moody, 1976). Das erhöht die Verständlichkeit der Informationen, geht jedoch auch häufig mit einer geringeren Informationsmenge einher. Insgesamt wird der Fernsehberichterstattung für den Wissenserwerb eine Funktion als „knowledge leveler“ (Tichenor et al., 1970, S. 170) oder „knowledge equalizer“ (Viswanath & Finnegan, 1996, S. 200) zugeschrieben. Das bedeutet, dass das

Fernsehen Wissensunterschiede zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten ausgleichen und bestehende Wissensklüfte schließen kann. Die große Mehrheit empirischer Studien bestätigt die Funktion des Fernsehens als knowledge leveler (z.B. Cacciatore, Scheufele, & Corley, 2014; Eveland & Scheufele, 2000; Grabe, Kamhawi, & Yegiyani, 2009; Holbrook, 2002; Jerit, Barabas, & Bolsen, 2006; Liu & Eveland, 2005; Shehata, 2013). Wird zwischen der Informationsvermittlung in privaten und in öffentlich-rechtlichen Fernsehbeiträgen unterschieden, erweist sich lediglich für Letztere ein positiver Einfluss auf den Wissenserwerb (Fraile & Iyengar, 2014; Shehata, Hopmann, Nord & Höijer, 2015). Dieser Befund dürfte sich durch den jeweiligen Anteil der politischen Nachrichten in öffentlich-rechtlichen gegenüber privaten Sendern erklären. Daten aus Deutschland zufolge übersteigt der Politikanteil in öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen den der privaten Hauptnachrichten deutlich (Krüger, 2014, 2015).

### *Informationsvermittlung in Printmedien*

Printmedien unterliegen im Vergleich zum Fernsehen weniger Restriktionen in Raum und Zeit. Deshalb kann man annehmen, dass Printmedien eine größere Menge an Informationen zu politischen Themen vermitteln als das Fernsehen.

In räumlicher Hinsicht verfügen Printmedien über größere Spielräume, insofern die Länge eines Beitrags und der Umfang einer jeweiligen Ausgabe nicht strikt festgelegt sind, sondern sich in einem gewissen Rahmen an den aktuellen Themen und der entsprechenden Informationslage orientieren. Folglich müssen Printmedien Themen und Informationen zu bestimmten Aspekten weniger stark selektieren. Beispielsweise findet man in einer Ausgabe auch mehrere Artikel zu einem besonders wichtigen Thema. Zeitungen und Zeitschriften berichten somit ausführlicher und umfangreicher über politische Themen und vermitteln den Lesern folglich mehr Informationen als den Zuschauern von Fernsehnachrichten (Druckman, 2005; Tichenor et al., 1970). Auch in zeitlicher Hinsicht unterliegen Printmedien geringeren Beschränkungen als das Fernsehen. Einmal gedruckt, sind Printmedien unveränderlich und für die Rezipienten zeitunabhängig verfügbar. Die Zeitungsleser können diejenigen Informationen selektieren, die ihnen bislang unbekannt sind, und gemäß ihren individuellen Voraussetzungen rezipieren (Sundar, 2000).

Im Gegensatz zum Fernsehen sind Printbeiträge oft in einem komplexen sprachlichen Stil verfasst und in ihrer häufig komprimierten Form auf eine höher gebildete Zielgruppe ausgerichtet. Der komplexe sprachliche Stil geht dementsprechend mit einer größeren Menge vermittelter Informationen einher.

Der Einfluss der Informationsvermittlung auf den Wissenserwerb ist für Printmedien besonders gut erforscht. So begründet bereits die Ursprungsstudie der

Wissensklufforschung den stärkeren Wissenserwerb der Statushöheren gegenüber den Statusniedereren auch mit deren ausgiebigerer Printmediennutzung. Zahlreiche empirische Studien bestätigen den Einfluss der Informationsvermittlung in Printmedien auf den politischen Wissenserwerb und die Entstehung von Wissensklüften (z.B. Druckman, 2005; Fraile, 2013; Fraile & Iyengar, 2014; Jerit et al., 2006; Liu, Shen, Eveland, & Dylko, 2013; Tichenor et al., 1970). Insgesamt zeigt der Vergleich des Fernsehens und der Printmedien die stärkere Wirkung der Printmedien auf den Wissenserwerb (z.B. Druckman, 2005; Fraile, 2011). Entsprechend den Befunden zur Informationsvermittlung im Fernsehen zeigt sich auch die differenzierte Betrachtung gedruckter Boulevardmedien und Qualitätsmedien lediglich für Letztere einen robusten, förderlichen Einfluss auf den Wissenserwerb (Fraile & Iyengar, 2014).

### *Informationsvermittlung in Onlinemedien*

Onlinemedien unterliegen im Vergleich zum Fernsehen und zu den Printmedien den geringsten räumlichen und zeitlichen Restriktionen. Deshalb kann man annehmen, dass in Onlinemedien die größte Menge an Informationen zu politischen Themen vermittelt wird.

Im Kern beschäftigt sich die Erforschung der Informationsvermittlung in Onlinemedien damit, wie sich diese aufgrund technischer Merkmale von Offlinemedien unterscheiden und welche Folgen sich daraus für die Informationsvermittlung ergeben. Dabei werden vor allem fünf Differenzierungsmerkmale diskutiert: nahezu unbegrenzte Speicherkapazität, ständige Aktualisierbarkeit, Hypertextualität, Multimedialität und Interaktivität (z.B. Bardoel, 2002; Deuze 1999; Jankowski & van Selm, 2000; Opgenhaffen, 2011; Oschatz, Maurer, & Haßler, 2014; Paulussen, 2004).

Aufgrund der hohen Speicherkapazität und der ständigen Aktualisierbarkeit weisen Onlinemedien im Vergleich zu Offlinemedien kaum räumliche und zeitliche Beschränkungen auf. Sie können mehr Informationen als Offlinemedien vermitteln, weil zumindest aus technischer Perspektive kaum Gründe bestehen, einzelne Themen oder Aspekte zu selektieren und andere außer Acht zu lassen. Darüber hinaus können einmal publizierte Onlinebeiträge kontinuierlich um Informationen zu neuen Entwicklungen aktualisiert werden. Empirische Studien zeigen jedoch, dass nicht alle Onlinemedien von ihrer unbegrenzten Kapazität und Aktualisierungsmöglichkeit Gebrauch machen. Vor allem zu Beginn des Onlinejournalismus wurden auf den Webseiten von Tageszeitungen häufig nur Beiträge als sogenannte Shovelware publiziert, die bereits in der gedruckten Ausgabe veröffentlicht waren (z.B. Neuberger, Tonnemacher, Biebl, & Duck, 1998). Auch neueren Studien zufolge schöpfen Printmedien ihre Onlinekapazitäten kaum aus, da sie mehr Beiträge in den gedruckten Ausgaben veröffentlichen als auf ihren

Webseiten (d'Haenens, Jankowski, & Heuvelmann, 2004). Für die offline in der Vermittlungskapazität stark eingeschränkten Fernsehnachrichten ergibt sich ein anderes Bild, denn anders als die Webseiten von Printmedien veröffentlichen die Webseiten von Fernsehnachrichten mehr Beiträge online als offline (Oschatz et al., 2014).

Neben der unbegrenzten Kapazität und Aktualisierungsmöglichkeit steigern die technischen Gestaltungsmöglichkeiten der Hypertextualität, Multimedialität und Interaktivität die Menge der online vermittelten Informationen und gewähren darüber hinaus eine hohe Nutzerkontrolle. Unter Hypertextualität wird die netzartige Struktur verstanden, die unterschiedliche, thematisch verbundene Onlinedokumente durch sogenannte Hyperlinks im Internet miteinander verknüpft. Sie lässt zwei förderliche Einflüsse auf die Menge vermittelter Informationen und den Wissenserwerb annehmen. Die Verbindung zu anderen Onlinedokumenten bietet Onlinenutzern zum einen mehr Informationen als Offlinenutzern in einem einzelnen Beitrag. Zum anderen erleichtern die Hyperlinks gegenüber Offline-medien den Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen. Die Hyperlinkstruktur erlaubt es, den Rezipienten zusätzliche Hintergrundinformationen zum besseren Verständnis zu vermitteln (z.B. Begriffserklärungen, geschichtliche Entwicklungen). Diese Annahmen werden ansatzweise durch empirische Befunde gestützt, wonach die Nutzer von Onlinemedien ein besseres strukturelles Wissen als die Nutzer von Printmedien erwerben (Eveland, Cortese, Park, & Dunwoody, 2004; Eveland, Seo, & Marton, 2002; Eveland, Marton, & Seo, 2004). Zeitungsleser erwerben hingegen ein besseres Faktenwissen (Tewksbury & Althaus, 2000).

Unter Multimedialität wird das Einbinden von Audios, Videos, animierten Grafiken und Bildergalerien in den Onlinetext verstanden. In der Literatur wird diskutiert, dass die multimedialen Elemente die Menge der vermittelten Informationen gegenüber Offlinemedien steigern. Jedoch zeigen die empirischen Befunde, dass insbesondere die Webseiten von Printmuttermarken die multimedialen Möglichkeiten nur begrenzt nutzen (z.B. Neuberger & Lobigs, 2010; Beck, Berghofer, Dogruel, & Greyer, 2012).

Unter Interaktivität wird die Möglichkeit verstanden, dass verschiedene Nutzer durch Kommentare miteinander in Kontakt treten (Chung, 2008). Zusätzlich zum originären Onlinebeitrag werden so in den Kommentaren neue Informationen generiert, was die Menge der insgesamt vermittelten Informationen erhöht. Allerdings zeigen die empirischen Befunde, dass interaktive Elemente zwar zunehmend, aber von Webseitenbetreibern noch immer wenig eingesetzt werden (van der Wurff et al., 2008).

Da sich Bürger heute zunehmend in digitalen Medien über politische Themen informieren (Emmer, Vowe, & Wolling, 2011; Gaskins & Jerit, 2012; Hase-

brink & Schmidt, 2013), betrachten neuere Studien in der Tradition der Wissensklüfftforschung, wie die Informationsvermittlung in Onlinemedien mit dem Erwerb von Wissen und der Entstehung von Wissensklüften zusammenhängt. Jedoch liegen keine eindeutigen Befunde dazu vor, ob die Informationsvermittlung in Onlinemedien solche Wissensklüfte erzeugt. Während einige Studien zeigen, dass Onlinemedien ähnlich den Printmedien Wissensklüfte hervorrufen (Anduiza, Gallego, & Jorba, 2012; Grabe, Kamhawi, & Yegyan, 2009; Kim, 2008; Yang & Grabe, 2011), ermitteln aktuellere Studien einen gegenteiligen Effekt, nämlich, dass statusniedere Gesellschaftsschichten ähnlich dem Fernsehen besonders viel Wissen aus Onlinemedien und Onlineportalen erwerben (Cacciatore et al., 2014; Goh, 2015; Kobayashi & Inamasu, 2015).

### 2.3.1.2 Einfluss wiederholter Informationsvermittlung auf den Wissenserwerb

Die Häufigkeit, mit der eine Information vermittelt wird, ist ganz maßgeblich dafür verantwortlich, ob eine Information überhaupt erworben wird oder nicht. Neumann (1976) zeigt beispielsweise, dass sich die Zuschauer der Abendnachrichten kurz nach der Ausstrahlung der Sendung an keine oder nur an sehr wenige Nachrichten erinnern können. Befragungen mit einem längeren Erhebungszeitraum ergeben hingegen, dass Rezipienten Wissen zu bestimmten Themen beziehungsweise Themenaspekten erwerben, über die häufig in den Medien berichtet wurde (Delli Carpini & Keeter, 1996; Graber, 1988). Dieser Wissenserwerb ist auch auf die kumulative Wirkung konsonanter Berichterstattung der Massenmedien zurückzuführen (Noelle-Neumann, 1973). Rezipienten eignen sich also insbesondere diejenigen Informationen als Wissen an, mit denen sie in ihrem gesamten Medienrepertoire wiederholt in Kontakt kommen.

Die kumulative Informationsvermittlung entsteht zum einen durch die Berichterstattung zu einem Thema über alle Informationskanäle hinweg und zum anderen über die Zeit. Unterschiedliche Informationskanäle berichten häufig über dieselben Themen und bedienen sich dafür oft sowohl derselben Informationsquellen (Pressemeldungen, Nachrichtenagenturen) als auch der Berichterstattung anderer Medien (Koorientierung). Folglich vermitteln sie oft die gleichen Informationen. Dieser kumulative Effekt wird über die Zeit hinweg verstärkt, denn Medien berichten in der Regel über einen längeren Zeitraum zu einem Thema. Währenddessen greifen sie bestimmte kontextuell verbundene Informationen immer wieder auf, beispielsweise zur Themenhistorie oder zu entsprechenden Entwicklungen. Insbesondere Onlinemedien verlinken häufig auf eigene in der Vergangenheit veröffentlichte Beiträge (Oschatz et al., 2014). Man kann also annehmen,

dass Rezipienten besonders viel Wissen zu Themen erwerben, über die sehr konsonant über einen längeren Zeitraum hinweg berichtet wird, weil dabei der kumulative Effekt besonders hoch ausfällt.

In der Literatur werden zwei verschiedene Gründe dafür diskutiert, dass eine wiederholt vermittelte Information erlernt wird, während ein einmaliger Kontakt ohne Wirkung bleibt. Zum einen erlaubt die Wiederholung den Rezipienten, die Information zu rekapitulieren und so leichter zu verinnerlichen (Tewsbury, Weaver, & Maddex, 2001). Zum anderen kann die medienübergreifende, konsonante Wiederholung die Glaubwürdigkeit einer vermittelten Information steigern (truth effect), was zu einer höheren rezipientenseitigen Akzeptanz der Information führen kann (Koch & Zerback, 2011). Um eine kumulative Medienwirkung zu messen, muss die Anzahl der Wiederholungen einen bestimmten Schwellenwert übersteigen. Wie hoch dieser Wert zu sein hat, ist bisher allerdings ungewiss. Viele empirische Studien, die den Einfluss der Medien auf den Wissenserwerb untersuchen, machen sich den kumulativen Effekt der Informationsvermittlung implizit zunutze, indem sie die habituelle Mediennutzung als unabhängige Variable berücksichtigen. Diese Studien implizieren, dass die Befragten durch ihren gewohnheitsmäßigen Medienkonsum mit einer Vielzahl redundanter Informationen in Kontakt gekommen sind und deshalb die intensive oder weniger intensive Mediennutzung einen relevanten Prädiktor für den Wissenserwerb als abhängige Variable darstellt (z.B. Eveland & Scheufele, 2000; Hollander, 2014).

### *2.3.2 Rezipientenseitige Einflussfaktoren auf den Wissenserwerb*

Ganz grundsätzlich können sich Rezipienten nur politisches Wissen aus den vermittelten Informationen aneignen, die sie auch tatsächlich nutzen und verarbeiten. Empirische Studien identifizieren verschiedene Faktoren, die sowohl darauf Einfluss nehmen, wie viele Informationen ein Rezipient aus dem verfügbaren Medienangebot selektiert, als auch darauf, wie intensiv er diese Informationen verarbeitet. Die rezipientenseitigen Einflussfaktoren können nach zwei Variablengruppen unterschieden werden. Das sind zum einen persönliche soziodemografische Merkmale der Rezipienten und zum anderen individuelle motivationale und kognitive Prozesse.

#### *2.3.2.1 Einfluss soziodemografischer Merkmale auf den Wissenserwerb*

Als einflussreichste soziodemografische Variablen gelten die Bildung, das Alter und das Geschlecht der Rezipienten. Sie beeinflussen den Wissenserwerb auf zwei

Arten. Zum einen sind die soziodemografischen Merkmale der Rezipienten eng mit bestimmten Nutzungspräferenzen verbunden. Das heißt, bestimmte soziodemografische Rezipientengruppen nutzen bestimmte Informationskanäle häufiger als andere Rezipientengruppen. Da sich die Informationskanäle aufgrund verschiedener räumlicher und zeitlicher Restriktionen in der vermittelten Informationsmenge unterscheiden (Kapitel 2.3.1.1), steht den unterschiedlichen Rezipientengruppen folglich ein unterschiedlich großes Informationsangebot zur Verfügung. Zum anderen beeinflussen soziodemografische Merkmale, wie intensiv Rezipienten die Informationen verarbeiten (können). Im Folgenden wird der typische Nutzer von Fernsehen, Printmedien und Onlinemedien anhand der soziodemografischen Merkmale charakterisiert und der Einfluss der Merkmale auf die Menge und Elaboration und folglich den Wissenserwerb diskutiert.

#### *Typische Nutzer von Informationen im Fernsehen, in Print- und Onlinemedien*

Das Fernsehen wird von den Deutschen am häufigsten zur Information über das aktuelle politische Geschehen in Deutschland und weltweit genutzt (Hasebrink & Schmidt, 2013). Von den hier betrachteten soziodemografischen Einflussfaktoren nimmt das Bildungsniveau den größten Einfluss auf die Nutzungspräferenz. Weniger gut gebildete Rezipienten sehen häufiger fern als gut gebildete Rezipienten (Eveland & Scheufele, 2000; Neumann, 1976).

Printmedien sind die am zweithäufigsten genutzte Informationsquelle für das deutsche und internationale politische Geschehen. Darüber hinaus stellen Printmedien die wichtigste Informationsquelle für regionale Themen dar (Hasebrink & Schmidt, 2013). Besonders einflussreiche Variablen sind hierbei das Bildungsniveau und das Alter der Rezipienten. Printmedien werden häufiger von höher als von weniger gebildeten Rezipienten genutzt und ältere Menschen informieren sich darin häufiger als jüngere (Delli Carpini & Keeter, 1996; Tichenor et al., 1970).

Das Internet gewinnt als Informationsquelle für alle soziodemografischen Rezipientengruppen zunehmend an Bedeutung (Hasebrink & Schmidt, 2013). Am häufigsten werden Onlinemedien jedoch von jüngeren Männern mit hohem Bildungsstand genutzt (ARD/ZDF-Onlinestudie, 2014; Dudenhöffer & Meyen, 2012; Kubicek & Welling, 2000; van Eimeren, 2015). Darüber hinaus machen diese online häufiger Gebrauch von Informationen und Nachrichten als andere Personengruppen (Peter & Valkenburg, 2006; van Deursen & van Dijk, 2014b; van Deursen et al., 2015; van Eimeren & Frees, 2014).

*Einfluss soziodemografischer Rezipientenmerkmale auf den Wissenserwerb*

Insgesamt gilt das Bildungsniveau als der stärkste soziodemografische Prädiktor für den politischen Wissenserwerb aus den Medien. Die Mehrheit empirischer Studien bestätigt, dass höher Gebildete mehr Wissen aus den Medien erwerben als weniger Gebildete (z.B. Eveland & Scheufele, 2000; Fraile, 2013; Fraile & Iyengar, 2014; Hollander, 2014; Jeffres, Neuendorf, & Atkin, 2012; Lee & Yang, 2014; Liu & Eveland, 2005; Liu et al., 2013; Tichenor et al., 1970; Yang & Grabe, 2011). Dieser positive Einfluss des Bildungsniveaus auf den Wissenserwerb kann darauf zurückgeführt werden, dass höher Gebildete zum einen mehr Informationen in den Medien nutzen als weniger Gebildete und diese Informationen darüber hinaus intensiver verarbeiten. Höher gebildete Rezipienten informieren sich häufiger in Printmedien und Onlinemedien als weniger gebildete Rezipienten. Dagegen nutzen weniger Gebildete eher das Fernsehen, um sich zu informieren. Wie in Kapitel 2.3.1.1 gezeigt, können Printmedien und Onlinemedien mehr Informationen vermitteln als das Fernsehen, weil sie weniger Restriktionen bei der Informationsvermittlung unterliegen. Der positive Einfluss des Bildungsniveaus auf den Wissenserwerb ist dann darauf zurückzuführen, dass höher Gebildete das große Informationsangebot der Print- und Onlinemedien in hohem Umfang nutzen und deshalb mehr Wissen als die niedriger Gebildeten erwerben. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass höher Gebildete die genutzten Informationen intensiver verarbeiten. In der Literatur werden dafür zwei Gründe diskutiert. Als Erstes wird argumentiert, dass die Bildung stellvertretend für die kognitive Leistungsfähigkeit einer Person steht. Ihre höhere kognitive Leistungsfähigkeit erlaubt ihr, die genutzten Informationen intensiver zu verarbeiten, weil sie beispielsweise besser lesen und das Gelesene besser verstehen kann (Tichenor et al., 1970). Als Zweites wird argumentiert, dass höher Gebildete im Verlauf ihrer Ausbildung ein größeres Vorwissen über politische Themen erlangt haben als weniger Gebildete. Dieses Vorwissen wird für die Verarbeitung der Informationen aktiviert und steigert die Elaboration, weil neue Informationen besser in bestehendes Wissen eingeordnet werden können (Kleinijenhuis, 1991; Tichenor et al., 1970).

Empirische Studien belegen einen positiven Einfluss des Alters auf den politischen Wissenserwerb aus den Medien. Das heißt, dass Ältere mehr Wissen aus den Medien erwerben als Jüngere (z.B. Fraile, 2013; Fraile & Iyengar, 2014; Hollander, 2014; Lee & Yang, 2014). Ein großer Teil der empirischen Befunde stellt jedoch keinen signifikanten Einfluss des Alters fest (Druckman, 2005; Eveland & Scheufele, 2000; Horstmann, 1991; Barabas & Jerit, 2009). Man kann annehmen, dass sowohl jüngere als auch ältere Rezipienten jeweilige Vorteile für den Wissenserwerb mitbringen. Ältere Rezipienten nutzen eher Informationen in Printmedien. Jüngere nutzen dagegen eher Informationen in Onlinemedien. Da Online-

medien mehr Informationen als Printmedien vermitteln, stehen Jüngeren mehr Informationen zur Verfügung, aus denen sie mehr Wissen erwerben können. Der Befund, dass Ältere tendenziell mehr Wissen aus den Medien erwerben als Jüngere, muss also entweder darauf zurückzuführen sein, dass Jüngere das größere Informationsangebot der Onlinemedien nicht nutzen oder Ältere die genutzten Informationen intensiver verarbeiten. In der Literatur gilt vor allem das größere Vorwissen älterer Rezipienten im Vergleich zu jüngeren als vorteilhaft für die Elaboration und folglich den Wissenserwerb. Mit zunehmendem Alter steigt der Erfahrungsschatz über politische Ereignisse. Darüber hinaus besitzen ältere Generationen mehr Erfahrung mit dem politischen System (Delli Carpini & Keeter, 1996), die bei der Verarbeitung neuer Informationen genutzt werden kann.

Neben dem Einfluss der Bildung und des Alters zeigen empirische Studien auch, dass Männer über ein größeres politisches Wissen verfügen als Frauen (z.B. Eveland & Scheufele, 2000; Delli Carpini & Keeter, 2005; Dow, 2009; Fraile, 2013; Fraile & Iyengar, 2014; Liu et al., 2013; Su, Cacciatore, Scheufele, Brosard, & Xenos, 2014; Wolak & McDevitt, 2011). Der Geschlechterunterschied wird vom Alter, vom Bildungsniveau und den sozialen Geschlechterrollen beeinflusst (Frazer & Macdonald, 2003). Während große Wissensunterschiede zwischen den Geschlechtern in älteren Generationen und wenig gebildeten Gesellschaftsschichten bestehen, ist die Wissenskluft zwischen den Geschlechtern in jüngeren Generationen und gut gebildeten Gesellschaftsschichten nur schwach ausgeprägt (Dow 2009; Fraile, 2014). Der Geschlechterunterschied zwischen jüngeren Rezipienten könnte damit erklärt werden, dass junge Männer häufiger Onlinemedien nutzen als junge Frauen und daher mehr Informationen zu politischen Themen nutzen, aus denen sie mehr lernen. Beim Geschlechterunterschied könnte es sich jedoch auch um einen Messartefakt handeln, da Studien zum Wissenserwerb oft Themenbereiche behandeln, die im Interessengebiet von Männern liegen. Neuere Studien zeigen, dass der Geschlechtereffekt verschwindet, wenn Wissen zu Themen untersucht wird, bei denen kein geschlechtsspezifisches Interesse vorliegt (Shaker, 2012).

### 2.3.2.2 Einfluss motivationaler und kognitiver Prozesse auf den Wissenserwerb

In der Literatur werden verschiedene motivationale und kognitive Prozesse diskutiert, die die Menge und Elaboration genutzter Informationen und folglich den Wissenserwerb steigern. Sie steigern die Menge genutzter Informationen, indem sie die Chance erhöhen, dass eine Information überhaupt wahrgenommen und selektiert wird. Sie beeinflussen die Elaboration, indem sie mitbestimmen, wie viele kognitive Ressourcen der Informationsverarbeitung zur Verfügung stehen und wie

gründlich die Informationen infolgedessen verarbeitet werden. Dabei können themenunabhängige und themenabhängige Faktoren unterschieden werden. Zu den einflussreichsten themenunabhängigen Einflussfaktoren zählen individuelle Bedürfnisse. Zu den relevanten themenabhängigen Einflussfaktoren gehören das Interesse an und die Aufmerksamkeit gegenüber bestimmten Themen sowie das persönliche Involvement/die wahrgenommene Betroffenheit. Ihr Einfluss auf die Menge und Elaboration und folglich den Wissenserwerb wird im Folgenden diskutiert.

### *Bedürfnisse*

Bedürfnisse sind stabile Eigenschaften eines Menschen. Sie beschreiben den erlebten Zustand eines Mangels und den Wunsch, diesen Mangel zu beheben (Wirtz & Strohmeyer, 2014). Einer der bekanntesten theoretischen Ansätze zur Beschreibung von Bedürfnissen ist die Bedürfnispyramide von Maslow (1943), die menschliche Bedürfnisse in fünf und in einer späteren Erweiterung in acht Stufen hierarchisch ordnet. Auf der untersten Ebene stehen (1) elementare Grundbedürfnisse wie Hunger oder Schlaf, gefolgt von (2) Sicherheitsbedürfnissen, (3) sozialen Bedürfnissen, (4) Individualbedürfnissen, (5, Erweiterung) kognitiven Bedürfnissen, (6, Erweiterung) ästhetischen Bedürfnissen, (7) Selbstverwirklichung und (8, Erweiterung) Transzendenz. Für die Erklärung des Erwerbs von Wissen aus genutzten Medieninhalten haben in dieser Arbeit die kognitiven Bedürfnisse die größte Bedeutung. Dazu gehört das Bedürfnis, sich in den Medien gezielt über politische Themen zu informieren (*surveillance gratification seeking*), und das Kognitionsbedürfnis (*need for cognition*), die in empirischen Studien sehr oft als erklärende Variablen für den Wissenserwerb aus den Medien herangezogen wurden.

Empirische Studien der Uses-and-Gratifications-Forschung identifizieren das Informationsbedürfnis (*surveillance gratification seeking*) als maßgeblichen Einflussfaktor auf den politischen Wissenserwerb aus den Medien (Blumler, 1979; Gantz, 1978; Perse, 1990; Shoemaker, 1996). Diejenigen Rezipienten, die hoch motiviert sind, sich neue Informationen in den Medien anzueignen, erwerben mehr Wissen als gering motivierte Rezipienten. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Rezipienten mit einem stark ausgeprägten Informationsbedürfnis häufiger Nachrichtenmedien nutzen und folglich mehr Informationen aus den Nachrichten erlernen als Personen mit gering ausgeprägtem Informationsbedürfnis (Eveland, Shah, & Kwak, 2003). Der starke Einfluss auf den Wissenserwerb kann zudem darauf zurückgeführt werden, dass Rezipienten mit einem stark ausgeprägten Informationsbedürfnis die genutzten Informationen intensiver verarbeiten als Rezipienten mit gering ausgeprägtem Bedürfnis (Eveland, 2001).

Das Kognitionsbedürfnis ist „the tendency for an individual to engage in and enjoy thinking“ (Caccioppo & Petty, 1982, S. 116). Empirische Studien zeigen, dass das Kognitionsbedürfnis positiv mit dem Wissen einer Person zusammenhängt, also Personen mit einem stark ausgeprägten Kognitionsbedürfnis mehr Wissen erwerben als Personen mit gering ausgeprägtem Bedürfnis (Caccioppo & Petty, 1982; Kahlor, Dunwoody, Griffin, & Neuwirth, 2006; Menguc & Uray, 2015). Dies liegt vor allem daran, dass Rezipienten mit einem stark ausgeprägten Kognitionsbedürfnis Informationen generell intensiver verarbeiten als Rezipienten mit schwach ausgeprägtem Bedürfnis (Retzbach, Retzbach, Maier, Otto, & Rahnke, 2013). Dagegen steht das Kognitionsbedürfnis nur in einem schwachen Zusammenhang mit der Mediennutzung (Sotirovic & McLeod, 2004, S. 361). Es hat also kaum einen Einfluss darauf, wie vielen Informationen sich ein Rezipient aus dem verfügbaren Informationsangebot zuwendet. Die empirischen Studien identifizieren das Kognitionsbedürfnis insgesamt als einen Einflussfaktor mit geringer Effektstärke, die sich zudem stark reduziert beziehungsweise komplett verschwindet, wenn soziodemografische Variablen kontrolliert werden (Sotirovic & McLeod, 2004).

Für diese Arbeit ist deshalb das Informationsbedürfnis das bedeutsamere kognitive Bedürfnis zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs, da es einen stärkeren Effekt auf den Wissenserwerb aufweist und vermutlich sowohl die Menge als auch die Elaboration der genutzten Informationen beeinflusst.

### *Interesse*

Das persönliche Interesse ist Ausdruck der individuellen Präferenz für die Auseinandersetzung mit einem bestimmten Gegenstand, einer Person, einem Thema usw. Dieses Interessengebiet besitzt für einen Menschen einen subjektiven Wert (Krapp, 2009; Prior, 2010; Wirtz & Strohmmer, 2014). So zeigen empirische Studien, dass Rezipienten umso mehr politisches Wissen aus den Medien erwerben, je größer ihr politisches Interesse ist (z.B. Elenbaas, de Vreese, Schuck, & Boomgaarden, 2014; Ettema & Kline, 1977; Eveland & Scheufele, 2010; Delli Carpini & Keeter, 1996; Dimitrova et al., 2014; Genova & Greenberg, 1979; Horstmann, 1991; Prior, 2010). Dieser starke Einfluss auf den Wissenserwerb resultiert aus zwei Gründen. Erstens ist das Interesse maßgeblich für die Selektion der Menge themenspezifischer Informationen verantwortlich. Der Erwerb von Wissen aus Informationen der Medienberichterstattung ist ein aktiver Vorgang. Die Bürger müssen aus der täglich auf sie einströmenden Informationsflut einzelne Informationen selektieren. Das Interesse an einem Thema bestimmt also wesentlich die Menge an Informationen, die ein Rezipient dazu aus dem verfügbaren Informationsangebot auswählt (Prior, 2007; Strömbäck, Djerf-Pierre, & Shehata, 2012; Tewksbury, 2003). Zweitens verarbeiten Rezipienten mit großem Interesse

medienvermittelte Informationen intensiver als wenig interessierte Rezipienten, um ihre Fähigkeiten und ihr Wissen zu einem bestimmten Thema stetig zu erweitern (Elenbaas, Boomgaarden, Schuck, & de Vreese, 2013; Elenbaas et al., 2014). Das gilt insbesondere für den Erwerb von Strukturwissen, das stärker vom persönlichen Interesse beeinflusst wird als Faktenwissen (Genova & Greenberg, 1979).

### *Aufmerksamkeit*

Neben dem Interesse ist die Aufmerksamkeit für ein Thema eine Variable, die häufig zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs genutzt wird (z.B. Cacciatore et al., 2014; Eveland et al., 2002). Ähnlich dem themenspezifischen Interesse kommt der Aufmerksamkeit eine selektive Funktion bei der Informationsnutzung zu. Die Aufmerksamkeit ist eine Dimension der Aktivierung und Ausdruck der Fähigkeit, bestimmte Informationen zu selektieren und andere zu ignorieren (Müller & Krummenacher, 2006; Wirtz & Strohmmer, 2014). Empirische Befunde zeigen, dass Rezipienten mit hoher Aufmerksamkeit zu bestimmten Themen mehr Wissen über diese Themen erwerben als Rezipienten mit geringer Aufmerksamkeit (Cacciatore et al., 2014; Dimitrova et al., 2014; Su et al., 2014). Denn aufmerksame Rezipienten nutzen mehr Informationen als weniger aufmerksame Rezipienten. Der Grad der Aufmerksamkeit zu einem bestimmten Thema sagt jedoch nichts darüber aus, wie intensiv die Rezipienten die selektierten Informationen verarbeiten. Das themenspezifische Interesse ist für die vorliegende Studie deshalb von größerer Bedeutung zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs als die Aufmerksamkeit. Darüber hinaus sind das themenspezifische Interesse und die Aufmerksamkeit zu bestimmten Themen eng miteinander verknüpft. Je größer das Interesse an einem Thema, desto größer ist auch die Aufmerksamkeit gegenüber Informationen, die über dieses Thema in den Medien vermittelt werden (David, 2009; Kwak, 1999).

### *Persönliches Involvement/wahrgenommene persönliche Betroffenheit*

Ein etablierter theoretischer Ansatz, um den Einfluss des persönlichen Involvements auf die Intensität der Informationsverarbeitung zu erklären, ist das Elaboration Likelihood Model (ELM) (Petty & Cacioppo, 1986). Das ELM ist ein Zwei-Prozess-Modell der Persuasionsforschung, das auf Basis von persönlichen Eigenschaften des Rezipienten, Merkmalen der rezipierten Botschaft und situativen Variablen die Intensität der kognitiven Auseinandersetzung (Elaboration) mit der vermittelten Botschaft vorhersagt. Im ELM werden Informationen entweder auf der direkten oder peripheren Route verarbeitet. Hohes Involvement hat die Verarbeitung auf der direkten Route, niedriges Involvement auf der peripheren Route zur Folge. Auf der direkten Route der Informationsverarbeitung werden mehr kognitive Ressourcen zur Verfügung gestellt. Das heißt, es werden mehr relevante

Assoziationen aktiviert und mit der vermittelten Botschaft verknüpft. Entsprechend zeigen die empirischen Befunde, dass ein starkes persönliches Involvement zu einem größeren Wissenserwerb führt (z.B. Ettema, Brown, & Luepker, 1983; Kahlor et al., 2004; Kwak, 1999; Viswanath, Kahn, Finnegan, Hertog, & Potter, 1993). In der Literatur existieren verschiedene Definitionen und Operationalisierungen des Involvements (für einen Überblick vgl. Petty & Caccioppo, 1986). Die vorliegende Studie stützt sich auf das Verständnis von Involvement als wahrgenommener persönlicher Betroffenheit. Das Involvement ist dabei hoch, wenn ein bestimmtes Thema beziehungsweise ein Sachverhalt als folgenreich für das eigene Leben angesehen wird. Entsprechend dürfte die wahrgenommene persönliche Betroffenheit des Rezipienten die Menge und die Elaboration der genutzten Informationen zu diesem Thema steigern, um die persönliche Situation zu verbessern (Appler & Sears, 1968; Petty & Caccioppo, 1986).

### *Confirmation bias/motivated reasoning*

Bürger sind keine objektiven Informationssammler, sondern unterliegen bei der Selektion und Elaboration von Informationen einem confirmation bias. Sie sind unbewusst motiviert, sich vor allem solchen Informationen aktiv zuzuwenden, die mit ihrem Vorwissen und präferierten Einstellungen übereinstimmen. Theoretisch kann man ein solches Verhalten mit der Theorie der kognitiven Dissonanz erklären (Festinger, 1957). Diese beschreibt einen als unangenehm erlebten Zustand, wenn neue Informationen mit bestehendem Wissen und Einstellungen nicht vereinbar sind. Eine der kognitiven Dissonanz verwandte Theorie der politischen Psychologie ist das motivated reasoning, wonach Rezipienten trotz zahlreich verfügbarer ihrer Meinung widersprechender Informationen nur solche Informationen etwa für ihre Entscheidungen nutzen, die ihren präferierten Vorstellungen entsprechen (Jerit & Barabas, 2012; Kunda, 1990; Nisbet, Cooper, & Ellithorpe, 2015; Redlawsk, 2000; Taber & Lodge, 2006). Studien zeigen, dass in inkonsistenten Informationsumgebungen mit stark polarisierenden Informationen die Parteiidentifikation einen wichtigen Referenzpunkt für die Rezipienten darstellt. Unabhängig von der Stärke des hervorgebrachten Arguments folgen die Rezipienten dem Standpunkt ihrer Partei und ziehen Informationen zu alternativen Positionen weniger stark in Betracht (Druckman, Peterson, & Slothuus, 2013; Jerit & Barabas, 2012). Das gilt insbesondere für Personen, die ihren Wissensstand als besonders hoch einschätzen (Jang, 2014; Taber & Lodge, 2006). Der confirmation bias beeinflusst sowohl die Menge genutzter Informationen als auch die Intensität ihrer Verarbeitung. Werden den Voreinstellungen widersprechende Informationen ignoriert, reduziert der confirmation bias die Menge der genutzten Informationen. Darüber hinaus wird die Elaboration davon beeinflusst, ob ein Rezipient mit wissens- und einstellungskon-

sistenten oder -inkonsistenten Informationen in Kontakt kommt. Die Wahrnehmung inkonsistenter Informationen kann zu einer langsameren und unvollständigeren Informationsverarbeitung führen als die Wahrnehmung konsistenter Informationen. Empirische Studien zeigen, dass konsistente Informationen schnell übernommen werden, während die Rezipienten gegen inkonsistente Informationen argumentieren oder die Glaubwürdigkeit der Quelle anzweifeln (Ditto & Lopez, 1992; Jerit & Barabas, 2012; Taber & Lodge, 2006). Eine mögliche Erklärung ist, dass inkonsistente Informationen nicht so leicht in bestehende Wissensstrukturen integriert werden können wie konsistente Informationen (Redlawsk, 2002).

## **2.4 Das Cognitive Mediation Model als integriertes Verständnis von Wissen**

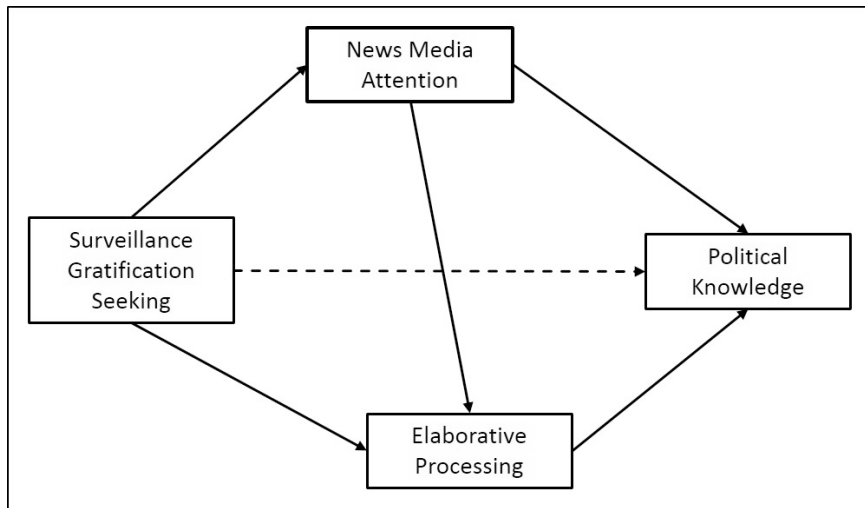
Sowohl das objektive als auch das subjektive Wissensverständnis besitzt Grenzen hinsichtlich der Erklärung des politischen Wissenserwerbs durch Mediengebrauch. Das objektive Wissensverständnis beschränkt sich in den erklärenden Variablen vor allem auf die Informationsvermittlung (Menge vermittelter Informationen in unterschiedlichen Medienkanälen) und die Informationsnutzung (Menge genutzter Informationen unterschiedlicher soziodemografischer Rezipientengruppen), das subjektive Wissensverständnis beschränkt sich vor allem auf die Informationsverarbeitung (Grad der Elaboration). Darüber hinaus erweitert die fehlende demokratietheoretische Fundierung des subjektiven Wissensverständnisses den Wissensbegriff beliebig und erschwert so die Messung und Interpretation des erworbenen Wissens. Die Integration beider Wissensverständnisse kann Grenzen bezüglich der Erklärung des politischen Wissenserwerbs überwinden.

Im Folgenden wird das Cognitive Mediation Model vorgestellt, das die Integration beider Wissensperspektiven ansatzweise vollzieht. Dem Modell liegt das normative, demokratietheoretische Ideal des informierten Bürgers zugrunde. Es setzt am politischen Wissen der Rezipienten an (objektives Wissensverständnis) und versucht es mit Prozessen der Informationsverarbeitung zu erklären (subjektives Wissensverständnis). So bleibt der politische Wissenserwerb eindeutig mess- und interpretierbar und kann durch die Hinzunahme weiterer Variablen umfassender erklärt werden.

Das Cognitive Mediation Model prognostiziert, dass sich hoch motivierte Rezipienten, die sich in den Medien gezielt über politische Themen informieren (surveillance gratification seeking), politisches Wissen aneignen (political knowledge), wenn der Medieninhalt mit hoher Aufmerksamkeit rezipiert (news media attention) und intensiv verarbeitet wird (elaborative processing). Eveland (2001, 2002) versteht das Cognitive Mediation Model als theoretische und empirische

Synthese aus lernpsychologischer Forschung, dem Uses & Gratifications-Ansatz sowie kognitionspsychologischen Ansätzen der Informationsverarbeitung. In Anlehnung an den Uses-and-Gratifications-Ansatz (Katz, Blumler, & Gurevitch, 1974) betont das Modell die Rolle der Motivation aktiver Rezipienten bei der selektiven Mediennutzung. Ausgangspunkt für den Wissenserwerb ist das Bedürfnis der Rezipienten, sich in den Medien gezielt über politische Themen zu informieren (surveillance gratification seeking). Anders als im Uses-and-Gratifications-Ansatz prognostiziert das Cognitive Mediation Model allerdings keinen direkten Effekt auf den politischen Wissenserwerb, sondern indirekte Effekte über die Prozesse der Informationsverarbeitung. Lernmotivationen, die unter der motivationalen Kontrolle des Rezipienten liegen, lösen kognitive Mechanismen aus, die den Lernerfolg positiv beeinflussen. Ausgehend von empirischen Befunden kommunikationswissenschaftlicher und psychologischer Studien integriert Eveland das Level an Aufmerksamkeit bei der Rezeption von Nachrichten (news media attention) und das Level an Elaboration (elaborative processing) als Variable der Informationsverarbeitung in das Modell. Aufmerksamkeit ist das Maß an Konzentration auf den dargebotenen Inhalt. Sie gilt im Modell ebenfalls als notwendige Bedingung der Elaboration und folglich des politischen Wissenserwerbs, denn eine intensive Verarbeitung der Medieninhalte kann nur stattfinden, wenn der Medieninhalt aufmerksam rezipiert wird (Chaffee & Schleuder, 1986). Als Elaboration wird die Verknüpfung und Integration neuer Informationen in bestehendes Wissen (Vorwissen, persönliche Erfahrungen) verstanden. Dies schließt an das subjektive Wissensverständnis an und legt dem Cognitive Mediation Model die Vorstellung einer verknüpften und strukturierten Organisation von Wissen zugrunde (Eveland et al., 2003). Abbildung 1 stellt das Cognitive Mediation Model grafisch dar.

Abbildung 1: Cognitive Mediation Model



Quelle: Abbildung nach Eveland (2001, S. 578), eigene Darstellung.

Empirische Befunde stützen die Annahmen des Modells bisher umfangreich. Sie beruhen vor allem auf Befragungen, die den Einfluss des Informationsbedürfnisses und der Informationsverarbeitung auf den Erwerb politischen (Fakten-)Wissens untersuchen (Eveland, 2001, 2002). Die Verwendung experimenteller Designs stellt bisher eine Ausnahme dar (Jensen, 2011). Eine Panelanalyse bestätigt die kausalen Annahmen des Modells, zeigt jedoch auch reziproke Effekte über die Zeit. Die Daten lassen darauf schließen, dass der medieninduzierte Wissenserwerb in einer Aufwärts- oder einer Abwärtsspirale verläuft. Im Falle einer Aufwärtsspirale nimmt der Wissenserwerb in Zeitpunkt 1 Einfluss auf die Informationsverarbeitung und den Wissenserwerb in Zeitpunkt 2. Je mehr Wissen in Zeitpunkt 1 erworben wird, desto intensiver werden Informationen in Zeitpunkt 2 verarbeitet und desto größer ist folglich auch der Wissenserwerb in Zeitpunkt 2 (und vice versa im Fall einer Abwärtsspirale; Eveland et al., 2003). Neben dem Forschungsfeld der politischen Kommunikation wurden die Annahmen des Cognitive Mediation Models auch in anderen Bereichen bestätigt. Beispielsweise in der Gesundheitskommunikation (z.B. Ho, Peh, & So 2013; Jensen, 2011; Lee, Shin, Kawaja, & Ho, 2014), der Lebensmittelsicherheit (Fleming, Thorson, & Zhang, 2006), für soziale Normen (Fleming & Thorson, 2008), Umweltthemen (Eveland & Dun-

woody, 2002) und den Klimawandel (Zhao, Leiserowitz, Maibach, & Roser-Re-nouf, 2011). Im Rahmen der empirischen Prüfung hat das Cognitive Mediation Model verschiedene Differenzierungen und Erweiterungen erfahren. Die Veränderungen und empirischen Befunde werden im Folgenden entlang der zentralen Modellelemente Motivation, Informationsverarbeitung und Wissenserwerb diskutiert.

Im Rahmen der motivationalen Einflüsse auf den Wissenserwerb wurde neben dem Informationsbedürfnis der Einfluss verschiedener anderer Nutzungsmotive auf den Informationsverarbeitungsprozess untersucht. Das sind vor allem: das Kognitionsbedürfnis (need for cognition) als Bedürfnis eines Individuums, sich der Verarbeitung von Informationen generell zuzuwenden (vgl. Kapitel 2.3.2.2; Ho et al., 2013); die erwartete Anschlusskommunikation (anticipated interaction) als Suche nach Informationen, die in späteren persönlichen Gesprächen über politische Themen nützlich sein könnten (Beaudoin & Thorson, 2004); Orientierung (guidance) als Suche nach Informationen, die die Entscheidungsfindung für beispielsweise einen geeigneten Kandidaten im Wahlkampf erleichtern sollen (Beaudoin & Thorson, 2004; Ho et al., 2013); das Motiv der Gesundheitsorientierung (health motivation) mit dem Ziel, Kompetenz und Sicherheit in Gesundheitsfragen zu erlangen (Jensen, 2011). Es wurde auch der Einfluss von Angst auf den Wissenserwerb geprüft. In der betreffenden Studie handelt es sich dabei um die Angst, an Krebs zu erkranken (cancer worry, Jensen, 2011).

Zur Erklärung des politischen Wissenserwerbs durch Mediengebrauch sind für die vorliegende Arbeit die Befunde zum Einfluss des Informationsbedürfnisses, des Kognitionsbedürfnisses, der erwarteten Anschlusskommunikation und der Orientierung von Interesse. Alle Studien bestätigen das Informationsbedürfnis übereinstimmend als starken Prädiktor der Informationsverarbeitungsprozesse und der abhängigen Variablen. Das Kognitionsbedürfnis kann als positiver Prädiktor für die Aufmerksamkeit und die Elaboration von Informationen im Forschungsfeld der Gesundheitskommunikation über den H1N1-Virus bestätigt werden (Ho et al., 2013). Befunde im Bereich der politischen Kommunikation liegen bisher jedoch nicht vor. Für die Motive Orientierung und erwartete Anschlusskommunikation bestehen heterogene Befunde. In der Gesundheitskommunikation wurde die Orientierung als ein positiver Prädiktor für die Aufmerksamkeit, die Elaboration und ebenfalls indirekt für den Wissenserwerb über das H1N1-Virus bestätigt. Erwartete Anschlusskommunikation führt entsprechend den Annahmen des Cognitive Mediation Models zu einem höheren Level an Elaboration, die als Mediator des positiven Zusammenhangs zwischen erwarteter Anschlusskommunikation und Wissenserwerb fungiert (Ho et al., 2013). Der positive Einfluss der Nutzungsmotive im Forschungsfeld der Gesundheitskommunikation kann im Bereich der politischen Kommunikation jedoch nicht bestätigt werden (Beaudoin &

Thorson, 2004). Je höher das Motiv der Orientierung, desto geringer war die Informationsverarbeitung. Anhand der anderen abhängigen Variablen des Modells kann in der Studie kein Zusammenhang mit der Suche nach Orientierung festgestellt werden.

Erwartete Anschlusskommunikation wird als positiver Prädiktor für die Aufmerksamkeit und Elaboration bestätigt. Jedoch fungieren beide Prozesse nicht als Mediator für den Erwerb politischen Wissens. Erwartete persönliche Gespräche über politische Themen resultieren folglich nicht indirekt in einem höheren politischen Wissen. Insgesamt bestätigen die empirischen Befunde das Informationsbedürfnis bisher als stärksten indirekten Prädiktor für den Wissenserwerb durch Mediengebrauch. Beispielsweise untersuchen Ho et al. (2013) sowohl den Einfluss des Informationsbedürfnisses als auch des Kognitionsbedürfnisses auf den Wissenserwerb. Die ausgewiesenen Effektstärken des Informationsbedürfnisses sind dabei deutlich höher als die des Kognitionsbedürfnisses. Die Motive der Orientierung und der erwarteten Anschlusskommunikation konnten empirisch bisher nicht als relevante Einflussfaktoren auf den Wissenserwerb bestätigt werden.

Das Cognitive Mediation Model operationalisiert den Prozess der Informationsverarbeitung anhand der Konstrukte Elaboration und Aufmerksamkeit. Die empirischen Studien bestätigen die Elaboration als den stärkeren direkten Prädiktor für den politischen Wissenserwerb (Eveland, 2001; Fleming & Thorson, 2008). Die Aufmerksamkeit gegenüber Medieninhalten wurde als kognitiver Mechanismus der Informationsverarbeitung hingegen kritisch betrachtet, da sie nicht in allen empirischen Tests des Modells als Mediator des Zusammenhangs zwischen Informationsbedürfnis und politischem Wissenserwerb identifiziert werden konnte. Es gibt zwei mögliche Erklärungen für die instabilen Befunde zur Aufmerksamkeit. Die erste ist, dass die empirischen Studien das Konstrukt Aufmerksamkeit zu Medieninhalten nicht differenziert genug betrachten. Die zweite Erklärung ist, dass die Aufmerksamkeit keinen relevanten Mediator für den politischen Wissenserwerb aus den Medien darstellt. Zur stärkeren Differenzierung der Aufmerksamkeit ergänzen Wei und Lo (2008) das Cognitive Mediation Model um die Nachrichtennutzung (exposure) in verschiedenen Informationskanälen (Print, TV, Online). In erwarteter Weise ist die Häufigkeit der Nutzung von Tageszeitungen, Fernsehnachrichten und im Internet ein positiver Einflussfaktor auf die Aufmerksamkeit. Je häufiger Nachrichten in den unterschiedlichen Informationskanälen genutzt werden, desto größer ist auch die Aufmerksamkeit gegenüber ihnen. Die Aufmerksamkeit fungiert in allen Informationskanälen als positiver Prädiktor der Elaboration, jedoch für keinen Informationskanal als Mediator des politischen Wissens. Das heißt, dass die Aufmerksamkeit gegenüber Medieninhalten allein nicht ausreicht, um den politischen Wissenserwerb durch Mediengebrauch zu er-

klären. Sie fungiert jedoch als Mediator zwischen der Mediennutzung in den verschiedenen Informationskanälen und der Elaboration. Je größer die Aufmerksamkeit gegenüber den Nachrichten in Print, TV und Internet, desto größer ist auch die Intensität der Verarbeitung der Informationen, die dann indirekt in einem stärkeren Wissenserwerb resultiert. Insgesamt zeigt die Studie, dass Rezipienten aus Offlinemedien mehr Wissen erwerben als aus Onlinemedien.

Zhao et al. (2011) differenzieren die Aufmerksamkeit nicht nach unterschiedlichen Mediengattungen, sondern nach den genutzten Inhalten. Sie unterscheiden zwischen Aufmerksamkeit für Nachrichten zu politischen Themen und solchen zu Umweltthemen und Wissenschaft. Die Befunde ergeben ein heterogenes Bild. Je größer die Aufmerksamkeit für Nachrichten zu Umwelt- und Wissenschaftsthemen, desto größer ist auch das Wissen über die Ursachen des Klimawandels. Mit steigender Aufmerksamkeit für politische Nachrichten ist kein größerer Wissenserwerb über die Ursachen des Klimawandels nachweisbar. Die Autoren begründen dies mit der akkurateren Darstellung des globalen Klimawandels in wissenschaftsjournalistischen Beiträgen als in politischen Nachrichten. Rezipienten wissenschaftsjournalistischer Beiträge erwerben folglich genaueres Wissen über die Ursachen des Klimawandels als Rezipienten politischer Nachrichtenbeiträge. Fehlende Mediatoreffekte der Aufmerksamkeit in den empirischen Studien können somit daraus resultieren, dass sich positive und negative Effekte auf den Wissenserwerb gegenseitig aufheben, wenn die Aufmerksamkeit für unterschiedliche Informationsquellen untersucht wird.

Weitere Studien haben die Aufmerksamkeit im Cognitive Mediation Modell durch andere Prozesse der Informationsverarbeitung ersetzt. Beaudoin & Thorson (2004) nutzen alternativ einen Vertrauensindex in die Medienberichterstattung. Dieser kann als Mediator des Zusammenhangs von Informationsbedürfnis und politischem Wissen bestätigt werden. Andere Studien prüfen und bestätigen die interpersonale Kommunikation als Mediator des Zusammenhangs zwischen Motivation und den abhängigen Variablen (Ho et al., 2013; Lee et al., 2014). Jensen (2011) konzipiert Aufmerksamkeit nicht mehr als Mediator, sondern als Moderator des Zusammenhangs zwischen Motivation und Elaboration sowie zwischen Elaboration und dem Wissenserwerb über Krebserkrankungen. Die Hypothesen zur Funktion der Aufmerksamkeit als verstärkendem Moderator werden vollständig bestätigt. Andere Studien verzichten gänzlich auf das Konzept der Aufmerksamkeit im Modell. Insgesamt sind die Befunde zur Aufmerksamkeit als Informationsverarbeitungsprozess wenig eindeutig. Aufmerksamkeit besitzt als Mediator nicht die gleiche Erklärungskraft wie andere Faktoren oder kann gar nicht als Mediator bestätigt werden. Jedoch wird sie in fast allen Studien als positiver Prädiktor der Elaboration bestätigt.

Als letztes Modellelement wird das politische Wissen als abhängige Variable in verschiedenen Studien modifiziert und ergänzt. Neben der thematischen Anpassung (z.B. Wissen über Gesundheitsthemen statt politisches Wissen) wird in einigen Studien nach der Qualität des erworbenen Wissens differenziert. Bereits Eveland (2001, S. 590f) merkt kritisch an, dass die Messung von politischem Wissen in zukünftigen Studien über die einfache Operationalisierung von recall und recognition hinausgehen und um anspruchsvollere Operationalisierungen ergänzt werden müsse. Jensen (2011) unterscheidet zwischen dem Wiedererkennen (recognition) und dem tieferen Verständnis (comprehension, hier als Wissenstransfer auf neue Situationen operationalisiert). Das Experiment bestätigt die Elaboration als Mediator zwischen dem Informationsbedürfnis und einem tieferen Verständnis, aber nicht für das Wiedererkennen. Lee et al. (2014) differenzieren zwischen Faktenwissen und Strukturwissen über Brustkrebs als abhängige Variable und zeigen, dass ein steigendes Level an Elaboration in steigenden Levels beider Wissensqualitäten resultiert. Darüber hinaus ergänzen verschiedene Studien die abhängige Variable Wissen um Einstellungen (z.B. Risikowahrnehmung) und Verhaltensabsichten (z.B. policy support, Gesundheitsvorsorge). Die Ergebnisse zeigen, dass Einstellungen und Verhaltensabsichten sowohl direkt von den Informationsverarbeitungsmechanismen als auch indirekt über den Wissenserwerb beeinflusst werden (z.B. Fleming et al., 2006; Ho et al., 2013; Zhao et al., 2011).

Insgesamt bestätigen zahlreiche empirische Studien die Modellannahmen des Cognitive Mediation Models umfangreich, sie erweitern das Modell und modifizieren Schwachstellen. Insgesamt sind jedoch drei Kritikpunkte nicht oder nur wenig thematisiert worden. Der erste Kritikpunkt betrifft die Modellierung der Aufmerksamkeit für Medieninhalte. Empirische Studien haben die Aufmerksamkeit oder die generelle Zuwendung zu Medien (exposure) als Variable der Informationsverarbeitung in das Modell integriert. Es erscheint jedoch wenig plausibel, dass die allgemeine Aufmerksamkeit oder die generelle Medienzuwendung die relevanten Mechanismen darstellen, die den politischen Wissenserwerb fördern. Es scheint wahrscheinlicher, dass die Aufmerksamkeit stellvertretend für einen anderen Einflussfaktor agiert. So ist es offenbar nicht die Aufmerksamkeit an sich, die den Wissenserwerb fördert, sondern vielmehr die tatsächliche Nutzung konkreter Informationen der Medienbeiträge. Der zweite Kritikpunkt betrifft die Differenzierung von Wissen. Das Cognitive Mediation Modell wurde vor allem auf den Erwerb von Faktenwissen hin geprüft. Das demokratietheoretische Ideal setzt jedoch einen größeren politischen Wissensschatz bei Bürgern voraus. Diese müssen beispielsweise Zusammenhänge kennen, Argumente und Positionen bewerten und

erworbenes (Fakten-)Wissen auf neue Sachverhalte anwenden können. Strukturelles Wissen wurde bisher jedoch nur in wenigen Studien gemessen. Der dritte Kritikpunkt betrifft das methodische Design. Der Wissenserwerb wurde bisher vor allem mit Querschnittsanalysen getestet. Diese Studien können keine Aussage darüber treffen, ob hier ein medieninduzierter Wissenserwerb stattgefunden hat, da eine Veränderung der Wissensvariable nur mit mindestens zwei Messzeitpunkten gemessen werden kann.

## 2.5 Wissenskonzept der Arbeit

Die vorliegende Arbeit folgt einem integrierten Wissensverständnis, das sowohl Elemente des objektiven als auch des subjektiven Wissensverständnisses berücksichtigt. Im Folgenden wird das Wissenskonzept anhand der in Kapitel 2 eingeführten Differenzierungskriterien (1) demokratietheoretische Fundierung, (2) Operationalisierung von Wissen, (3) Berücksichtigung des Informationsverarbeitungsprozesses, (4) Organisation von Wissen sowie (5) methodisches Design beschrieben.

Dem Wissenskonzept liegt das demokratietheoretische Ideal des informierten Bürgers zugrunde. Bürger werden als wichtige Adressaten politischer Informationen angesehen. Je besser ein Bürger informiert ist, desto eher ist er in der Lage, am Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung teilzunehmen und politische Entscheidungen zu legitimieren.

Die Operationalisierung von Wissen soll dabei umfassender als in bisherigen Studien vorgenommen werden und neben einfachem Faktenwissen um die Messung von anspruchsvollerem Strukturwissen ergänzt werden.

Die Mechanismen der Informationsverarbeitung werden im integrierten Wissenskonzept als kognitive Strategien aktiver Rezipienten verstanden, einzelne Informationen aus der Fülle der täglich auf sie einströmenden Informationen zu selektieren und in ihr Vorwissen zu integrieren. Je mehr Informationen sie erhalten und je intensiver sie die neuen Informationen verarbeiten, desto umfassender und strukturierter wird das Wissen, das die Rezipienten dadurch erlangen.

Dem Wissensverständnis liegt folglich die Vorstellung einer geordneten und verknüpften Wissensstruktur zugrunde. Wissen ist zudem ein dynamisches Konstrukt, da Vorwissen für die Verarbeitung neuer Informationen aktiviert wird.

Für die vorliegende Studie wird ein Design entwickelt, das sowohl direkte als auch indirekte Einflüsse auf den politischen Wissenserwerb berücksichtigt. Die Menge und die Elaboration genutzter Informationen wurden als die relevanten Variablen identifiziert, die den Wissenserwerb direkt beeinflussen. Rezipienten erwerben umso mehr Wissen zu politischen Themen, je mehr Informationen sie zu

diesen Themen nutzen und je intensiver sie die genutzten Informationen verarbeiten. Empirische Studien haben darüber hinaus verschiedene Einflussfaktoren identifiziert, die die Menge und Elaboration und folglich den Wissenserwerb indirekt beeinflussen. Diese Faktoren wurden einerseits den Medien und andererseits den Rezipienten zugeordnet. Als mediale Einflussfaktoren wurden vor allem die verfügbare Menge an Informationen in unterschiedlichen Informationskanälen und die wiederholte Informationsvermittlung über alle Kanäle hinweg diskutiert. Rezipientenseitige Einflussfaktoren sind die persönlichen soziodemografischen Merkmale der Rezipienten sowie ihre motivationalen und kognitiven Prozesse der Informationsverarbeitung.

Um die konkreten Medieninhalte, die Informationsnutzung und Informationsverarbeitung der Rezipienten zu erfassen, ist eine Kombination zweier Methoden notwendig. Für die Umsetzung des Wissenskonzepts werden deshalb Panelbefragungen und Inhaltsanalysen kombiniert.

Wissen im Wandel

Der Einfluss der Klimaberichterstattung auf den  
klimapolitischen Wissenserwerb

Oschatz, C.

2018, XII, 225 S. 16 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18831-3